

Mittwoch, 9. Dezember 2020

Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsident Martin Wieland
Protokollführer:	Patrick Barandun
Präsenz:	anwesend 107 Mitglieder entschuldigt: Berweger, Della Cà, Dürler, Giacomelli, Gugelmann, Kappeler, Kuoni, Renkel, Tschudi, Waidacher
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

Standespräsident Wieland: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in den Plenarsaal kommen, damit wir mit den Beratungen beginnen können. Danke. Somit fahren wir fort mit der Behandlung der dringlichen Fraktionsanfrage CVP zum Wintertourismus in Graubünden. Ich erteile Grossrat Crameris das Wort.

COVID-19: Information durch die Regierung und Beantwortung von Fragen aus dem Grossen Rat (Fortsetzung)

Dringliche CVP-Fraktionsanfrage zum Wintertourismus in Graubünden (Erstunterzeichner Crameris) (Wortlaut Dezemberprotokoll 2020, S. 552)

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Wenn die Schutzkonzepte konsequent eingehalten werden, gehen von offenen Skigebieten keine höheren Infektionsrisiken als von vergleichbaren Situationen im öffentlichen Verkehr aus. Das Risiko offener Skigebiete besteht vor allem darin, dass dadurch das Touristenaufkommen und damit die Anzahl Kontakte unter der Bevölkerung und Gästen steigt. Bei gleichbleibendem Übertragungsrisiko pro Kontakt steigen mit zunehmender Anzahl Gäste auch die Zahl der Neuinfektionen an. Die Regierung (und der Bund) kann jederzeit weitere Massnahmen anordnen, um die Gästezahl zu reduzieren.

Zu Frage 2: Die wirtschaftliche Bedeutung des Wintertourismus für den Kanton Graubünden ist ausserordentlich hoch. Die Regierung geht davon aus, dass bis zu einem Drittel des touristischen Winterumsatzes während den Festtagen erzielt wird. Deren Bedeutung für die Schneesportschulen oder die Sportgeschäfte ist mit rund 40 Prozent des Jahresumsatzes vielerorts deutlich grösser als für Hotels oder Bergbahnen mit je etwa 25 Prozent, wobei es zwischen den Destinationen oder einzelnen Betrieben natürlich grosse Unterschiede geben kann.

Eine Schliessung der Skigebiete hätte erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf alle touristischen Leistungsträger und auf tourismusabhängige Betriebe.

Zu Frage 3: Bergbahnbetreiber haben bereits im Frühling Schutzkonzepte erarbeitet und sind für deren konsequente Umsetzung verantwortlich. Die Schutzkonzepte haben sich in der Sommersaison und in der Winter-Vorsaison bewährt, die Gemeinden kontrollieren deren Einhaltung. Der geleistete Aufwand für die Erarbeitung und Umsetzung von Schutzkonzepten ist nicht bekannt.

Zu Frage 4: Die Schutzkonzepte der Bergbahnbetreiber sind entsprechend den neuen Vorgaben des Bundes anzupassen und dem Kanton bis am 11. Dezember 2020 zur Bewilligung einzureichen. Der Bund macht zusätzliche Vorgaben, z. B. betreffend Kapazitätsbeschränkungen in geschlossenen Fahrzeugen, betreffend Personenfluss auf Zugangswegen oder betreffend Überwachung der vorgesehenen Massnahmen. Weiter ist der Kanton verpflichtet, auch die epidemiologische Lage (z. B. Intensivpflege-Kapazitäten) bei der Bewilligungserteilung zu berücksichtigen.

Zu Frage 5: Die neuen Vorschriften des Bundes sind dank der koordinierten Einflussnahme der Bergkantone und unter Berücksichtigung der in den Nachbarstaaten der Schweiz geltenden Massnahmen moderat ausgefallen. Ob sie genügen, einen Anstieg der Fallzahlen zu verhindern, wird sich zeigen.

Zu Frage 6: Die bewährten Instrumente der Kurzarbeitsentschädigung und der Erwerbsersatzentschädigung stehen weiterhin zur Verfügung. Zudem plant die Regierung in ihrer nächsten ordentlichen Sitzung die kantonale Ausführungsverordnung zu den Härtefallmassnahmen des Bundes per 1. Januar 2021 in Kraft zu setzen. Weiter hat die Regierung eine Teilrevision der kantonalen COVID-19-Härtefallverordnung beschlossen. Gastronomiebetrieben können für bereits eingekaufte Frischwaren, die aufgrund der beschlossenen kantonalen Massnahmen vom 2. Dezember 2020 verfallen, Entschädigungen bis 10 000 Franken gewährt werden. Weitere Massnahmen werden laufend geprüft.

Zu Frage 7: Fehlende Gäste aus dem Ausland können kurzfristig nicht kompensiert werden. Es kann jedoch festgestellt werden, dass der Kanton Graubünden in der vergangenen Sommersaison 2020 als einzige Schweizer

Tourismusregion, im Vergleich zum 5-Jahresmittel an Logiernächten in Hotel- und Kurbetrieben, zugelegt hat. Tourismusdestinationen mit traditionell hohem Anteil an Schweizer Gästen haben vom geänderten Reiseverhalten profitiert, während Destinationen mit hohem Anteil aus ausländischen Gästen teilweise grosse Einbussen hinzunehmen hatten.

Zu Frage 8: Flächentests erhöhen die Chance, asymptomatisch Infizierte aufzuspüren und frühzeitig in Quarantäne zu setzen. Damit können Infektionsketten frühzeitig durchbrochen und so die weitere Ausbreitung des Virus verlangsamt werden.

Cramer: Namens und im Auftrag der CVP-Fraktion danke ich der Regierung für die rasche Beantwortung unserer dringlichen Fraktionsanfrage und dem Grossen Rat für die Dringlicherklärung am Montag. Danken möchte ich an dieser Stelle auch der Bündner Regierung, die sich bereiterklärt hat, heute Vormittag und am Nachmittag einen Corona-Block einzuführen und uns aus erster Hand über die neuen Massnahmen und die Vorgehensweise zu informieren. Wir machen uns grosse Sorgen um die anstehende Wintersaison, insbesondere auch, nach den gestern vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen neuen Massnahmen. Und wie die Ausführungen von heute Vormittag der Regierung bestätigen, sind diese Sorgen berechtigt. Die Bergbahnen sowie die vor- und nachgelagerten Branchen haben in den letzten Wochen und Monaten viel in Schutzkonzepte investiert, sodass eine geordnete Wintersaison möglich ist und gleichzeitig die Gesundheit der Bevölkerung gewahrt wird. So stellt die Regierung zu Recht fest, dass von offenen Skigebieten keine höheren Infektionsrisiken ausgehen als von vergleichbaren Situationen im öffentlichen Verkehr. Zudem haben sich die bereits erlassenen Schutzkonzepte im Sommer und in der Wintervorsaison bewährt. Grossrätin Favre Accola hat am Vormittag darauf hingewiesen, dass in Davos trotz offener Skigebiete die Infektionszahlen zurückgegangen sind, was namentlich mit der strikten Einhaltung der Schutzkonzepte zusammenhängt.

Wir sind uns selbstverständlich der Gefahr bewusst, welche von diesem Virus ausgeht, das in den letzten Monaten die Welt auf den Kopf gestellt hat. Dennoch müssen wir lernen, mit dem Virus zu leben und dieses so gut wie möglich in den Griff zu bekommen, wie mit den Flächen- und Kontrolltests, die hoffentlich bei positiven Erfahrungen auf den ganzen Kanton ausgeweitet werden sollten. Für den Kanton Graubünden ist es geradezu überlebensnotwendig, dass die anstehende Wintersaison in geordneten Bahnen stattfinden kann. Vor einigen Jahren hat mir der Direktor der Lenzerheide Bergbahnen gesagt, dass an einem starken Winterwochenende so viele Ersteintritte zu verzeichnen sind wie im ganzen Sommer. Das zeigt die Bedeutung des Wintertourismus in Graubünden, welcher sich die Regierung ebenfalls bewusst ist, in dem Sinne in Antwort zwei ausführt, dass rund ein Drittel des Winterumsatzes während den Festtagen erwirtschaftet wird und die Schliessung der Skigebiete, ich zitiere, «erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen auf alle touristischen Leistungsträger und auf tourismusabhängige Betriebe hätte.»

Die verschiedentlich geäusserte Haltung der Bündner Regierung ist zu begrüßen, dass sie alles daran setzt, dass die Wintersaison tatsächlich stattfinden kann. Wir müssen unbedingt den Druckversuchen des Auslandes entschieden entgegentreten. Graubünden muss für sich selbst entscheiden können, was richtig ist. Wenn der Bundesrat den Föderalismus aushebelt, wie mit der begonnen Vernehmlassung aufgezeigt, hat er nicht verstanden, dass in den unterschiedlichen Regionen der Schweiz unterschiedliche Situationen anzutreffen sind. Die Situation in der Mesolcina war im Frühjahr etwa nicht vergleichbar mit dem Rest des Kantons Graubünden. Diese regionalen Unterschiede gilt es zu berücksichtigen. Für Planungssicherheit in den Branchen wird es für die Zukunft zudem unerlässlich sein, dass wir Regeln aufstellen, bei denen voraussehbar ist, was passiert, wenn eine gewisse Schwelle erreicht ist. Im Sinne von: wenn - dann.

Zu begrüßen sind schliesslich die Instrumente zu den Ausfallentschädigungen und insbesondere, dass die Regierung rasch die Ausführungsverordnung betreffend Härtefallmassnahmen erlassen wird, wie wir heute Vormittag erfahren konnten, ebenso die bereits beschlossene Anpassung der kantonalen COVID-19-Härtefallverordnung in Art. 9 betreffend Entschädigung für Gastronomiebetriebe für Frischwaren. Die dortige Kann-Bestimmung und damit der Ermessensspielraum sind jedoch sehr zugunsten der Gesuchsteller auszuliegen. Ob dies allerdings reicht, ist fraglich. Aber es ist immerhin besser als nichts. Aufgrund der gestern in die Vernehmlassung geschickten neuen Massnahmen des Bundes stelle ich hier die Nachfrage an die Regierung, wie sie diese beurteilt. Aus meiner Sicht ist es zudem notwendig, dass wir auch selbst, jeder für sich selbst, die notwendigen Massnahmen ergreift und damit einen Beitrag an die Eindämmung der Pandemie leistet, ganz im Sinne der Eigenverantwortung. Zuhanden des Protokolls erkläre ich abschliessend, dass ich mit der Beantwortung unserer Anfrage befriedigt bin.

Standespräsident Wieland: Wird das Wort trotzdem noch gewünscht? Das scheint nicht der Fall. Somit kommen wir zum nächsten Punkt, offene Diskussion, Debatte. Sie haben die Möglichkeit, allfällige Zusatz- und Nachfragen hier anzubringen. Wer wünscht das Wort? Grossrat Hohl Sie haben das Wort.

Allgemeine Diskussion zu COVID-19

Hohl: Die Coronapandemie fordert uns alle. Wir haben alle eigentlich schon lange genug von den Schlagzeilen, von den sich immer aufs Neue überbietenden Einschränkungen und von den erheblichen Schäden, welche sich finanzpolitisch und wirtschaftlich abzeichnen. Ich stehe mir klar als Wirtschaftsvertreter, welcher aktuell kaum von der Pandemie betroffen ist. Aber Sie können mir glauben, dass ich definitiv nicht so kurzfristig ticke, dass ich glaube, nur, weil ich als Steuerzahler heute keine höheren Steuern bezahle oder als Unternehmer kein unmittelbares Loch in der Kasse habe, dass die Massnahmen, welche uns, unsere Wirtschaft aktuell treffen,

mich nicht auch treffen werden. Es ist völlig klar, dass wir durch die Staatsausgaben und die Ausfälle in der Wirtschaft alle künftig massiv von den getroffenen Massnahmen betroffen sein werden. Dennoch stehe ich hinter den aktuellen Entscheidungen der Regierung. Am meisten stört mich aktuell, dass der eigentliche Erfolg in der grundsätzlichen Eindämmung der Pandemie immer wieder dazu führt, dass die Gefahr für unser Gesundheitswesen, die Gefahr für unsere gesundheitlich stärker risikobehafteten Mitmenschen und auch die Gefahr für die Wirtschaft, welche unmittelbar durch das Virus entsteht, immer mehr und immer stärker verharmlost wird, je länger die Pandemie uns einschränkt. Und es ist aus meiner Sicht eben nicht oder es sind aus meiner Sicht eben nicht die bösen Medien und die inkompetenten Laienpolitiker, welche aus der Pandemie eine Panik in unserer Bevölkerung erzeugen, sondern es ist das Virus selber.

Denn wir wissen sehr wohl, dass das Virus, wenn wir es zu wenig einschränken, sehr schnell und sehr schwerwiegend unser Gesundheitswesen massiv überlasten kann. Wir haben hoffentlich noch die Bilder von den Spitälern in Bergamo oder den Sargzügen in New York aus dem Frühjahr im Kopf. Das waren keine Fake-News. Das war und kann real werden. Und das war meines Wissens in der zivilisierten Welt noch während keiner normalen Grippezeit der Fall. Und die starke Belastung der Walliser Spitäler und Bestatter vor wenigen Wochen, die gehen mir auch nicht mehr so schnell aus dem Kopf. Wir blicken immer wieder auf die USA, das Land, welches selbst im Vergleich zur liberalen Schweiz in dieser Pandemie der Wirtschaft alle möglichen Freiheiten lässt und nichts von Einschränkungen zum Schutz ihrer alten Bevölkerung hält. Wir sehen klar, dass die Freiheit für die Wirtschaft faktisch zu keinem besseren Resultat, zu keiner besseren Entwicklung der Wirtschaft führt, die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und die Anzahl der Todesfälle dafür umso fataler sind. Und behalten wir im Kopf, bis vor ein paar Tagen stand die Schweiz von der Gesundheitsbedrohungslage nicht mehr besser da, als die vielfach gescholtenen USA. Aktuell scheinen wir das Blatt, zumindest im Vergleich zu den USA, wieder kehren zu können. Aber leider nicht so stark, wie es nötig wäre. Ich mag auch die ganzen Fragen, ob nun jemand wegen oder mit Corona gestorben ist, einfach nicht mehr hören.

Meine Eltern sind beide über 70 Jahre alt und daher alleine vom Alter her nicht mehr die fittesten Turnschuhe im Regal. Aber es ist für mich völlig selbstverständlich, dass ich mache, was möglich und sinnvoll ist, um sie zu schützen, wie sie mich geschützt haben, als ich klein war und nicht alleine für mich sorgen konnte. Ich finde es beschämend, wie gewisse Kreise diese Dankbarkeit vergessen, wenn, wie aktuell, diese Menschenleben auf dem Spiel stehen. Teilweise wird der Eindruck erweckt, dass dieses Leben weniger Wert zu haben scheint. Schauen Sie, es ist in der aktuellen Bedrohungslage voll und ganz im Interesse unserer Wirtschaft, und aktuell insbesondere im Interesse unseres Wintertourismus, zu zeigen, dass wir die Fallzahlen so tief wie möglich halten können, dass unsere Spitäler ausreichend Kapazitäten haben und unsere Betriebe die Schutzkon-

zepte zum Schutz der Gäste wirksam umsetzen. Haben Sie denn das Gefühl, die Leute gehen gerne in einen Wintertourismusort, welcher als Corona-Hotspot gilt? Ich begrüsse daher, dass der Bundesrat bisher, und ich betone, bisher nämlich vor Ankündigung von gestern, vor allem Massnahmen beschlossen hat, welche die Wirtschaft maximal am Rande berührt haben, dass er vor allem dort eingegriffen hat, wo wir als Privatpersonen betroffen sind und dass er die Kinder, welche offenbar wirklich nicht der grosse Treiber der Pandemie sind, weitestgehend aus den Massnahmen ausgeklammert hat. Unser Freiheitsverlust ist aus meiner Sicht aktuell völlig vernachlässigbar, wenn er sich z. B. darin äussert, dass wir in der jetzigen Zeit Maske tragen müssen. Da spreche ich auch die aus meiner Sicht völlig haltlosen und wirren Aussagen von Grossratsstellvertreterin Fasani-Horath von gestern an. Es ist zudem von untergeordneter Bedeutung, ob mein Vater z. B. aktuell in den Männerchor gehen kann oder nicht. Und es ist unter Beachtung der aktuellen Grosswetterlage das kleinere Übel, wenn ich meine sozialen Kontakte, statt diese physisch wahrzunehmen auf Telefonie oder Videobegegnungen reduzieren muss. Relevant ist, dass schwere Krankheitsverläufe und vor allem unkontrollierte Ansteckungen, welche durch das Virus real verursacht werden, mit diesen Massnahmen eingeschränkt werden können und die Kantone selber, wo dies nicht der Fall ist, weitergehende Massnahmen treffen können und auch im eigenen Interesse und im Interesse der Bevölkerung ergreifen müssen.

Ich finde es eigentlich sehr stark, dass der Bundesrat genau wie unsere Kantonsregierung sich, zumindest bis gestern, konsequent dem Druck aus dem Ausland verweigert hat und dies hoffentlich auch weiter tut, wenn es darum geht, die Wintersaison direkt oder durch zu harte Massnahmen auch indirekt einzuschränken. Mit der Ankündigung von gestern verlässt der Bundesrat aus meiner Sicht aber den Weg des aktuell Vertretbaren und Akzeptablen. Ich denke, es ist essenziell, dass die Kantone nun im Lead bleiben und nicht der Bundesrat laufend aus der Hüfte schießt und mit immer neuen Massnahmen kommt, bevor die Kantone ihre Massnahmen nicht überprüfen konnten. Ich bitte die Regierung, wehren Sie sich, wehren Sie sich vehement, dass unsere Wintersaison unter Einhaltung strenger Schutzkonzepte stattfinden kann. Die Regierung des Kantons Graubünden hat aus meiner Sicht in den letzten Monaten eine Politik der ruhigen Hand bewiesen, was unserer Wirtschaft sehr zugute gekommen ist. Sie hat den Versuch unternommen, mit den geringstmöglichen Massnahmen die Zahlen zu senken und die Situation in den Spitälern zu verbessern im Hinblick auf eine Wintersaison mit möglichst wenig Beeinträchtigung für uns und für unseren so wichtigen Wirtschaftszeit, den Tourismus.

Leider haben sich die Zahlen aber durch diese Haltung nicht wie gewünscht und gehofft entwickelt. Ich spreche hierbei vor allem von der extrem hohen Positivitätsrate und dem Fakt, dass wir bei den meisten Fällen nicht mehr nachvollziehen können, wo sich die Menschen tatsächlich angesteckt haben. Die Regierung hat meines Erachtens nun korrekt gehandelt und weitergehende Massnahmen beschlossen. Ich bedaure sehr, dass nun

wieder die Gastronomie überdurchschnittlich betroffen ist. Ich begrüße aber, dass wir so weit möglich und vertretbar diese Last durch den Einsatz von Geldern aus der Arbeitslosenversicherung, Geldern des Bundes und Geldern der Kantone solidarisch mittragen. Und natürlich kann man zu Recht sagen, dass diese harten Massnahmen früher hätten ergriffen werden müssen, im Novemberloch z. B. Aber es adelt die Regierung eigentlich, dass sie eine Verschärfung der Massnahmen als Ultima Ratio betrachtet und nun zum letztmöglichen Zeitpunkt vor dem Weihnachtsgeschäft trotzdem noch ergriffen hat. Und ich denke, wir sind uns einig, dass die Massnahmen jetzt trotz allem deutlich erträglicher sind, als in zwei Wochen, wenn sie das Weihnachtsgeschäft betreffen. Die Kommunikation kann man ebenso zu Recht als schwach und kurzfristig bezeichnen. Es ist aber auch so, dass die Entscheide in diesen Zeiten schnell, so unbürokratisch wie möglich und folglich auch kurzfristig gefällt werden müssen. Und im Sinne, dass man nur kommunizieren soll, was auch definitiv ist, führt zwangsläufig in dieser Zeit zu kurzfristiger und fehleranfälliger Kommunikation. Aber ich ermuntere die Regierung dennoch, die Art der Kommunikation und auch die Verantwortlichen für diesen Bereich laufend zu hinterfragen. Ich denke, wir tun gut daran, die nun harten Massnahmen zu stützen und mitzutragen, in der Hoffnung und mit dem Ziel, dass wir die für uns so wichtigen Weihnachtstage für Tourismus und Gastronomie retten können. Es ist spät, hoffentlich nicht zu spät.

Aber es ist aus volkswirtschaftlicher Betrachtung für unseren Kanton unsere Pflicht. Und wenn es bei diesen Massnahmen eine Auswahl zwischen Pest und Cholera ist, so möchte ich die Regierung in Bezug auf die neue Teststrategie explizit loben. Es ist aus meiner Sicht ein gutes und extrem wichtiges Signal als Tourismusregion an die Schweiz auszusenden, dass flächendeckendes Testen zugunsten von uns und unseren Gästen Neuansteckungen minimieren sollen. Wir ziehen zahlreiche asymptomatische Personen rechtzeitig aus dem Verkehr, was das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen unserer Gäste und uns als Gastgeber erhöhen soll und wird. Entscheidend ist aber auch, dass wir uns dann von den aufgrund des massiven Testens sicher stark ansteigenden Fallzahlen nicht abschrecken lassen, sondern zur Weihnachtszeit den Wintertourismus und die Gastronomie unter Wahrung der Schutzkonzepte wieder mutig hochfahren lassen. Hoffen wir, dass wir zudem nicht der einzige Kanton sein werden, welcher den Bundesrat nun in seiner operativen Hektik ausbremsen möchte. Auch wenn es aktuell vermutlich populärer ist, auf die Regierung einzuhausen und herumzupoltern, was das Zeug hält, so möchte ich heute der Bündner Regierung meinen Respekt zollen, und ich hoffe sehr, dass die Massnahmen zielführend sein werden. Die Bundesbehörden haben wir ja leider hier drin nicht zu 100 Prozent im Griff.

Standespräsident Wieland: Ich konnte nicht genau nachvollziehen, wer alles aufgehalten hat. Und die Reihenfolge der Wortmeldungen werde ich nicht einhalten können. Das Wort ist offen für Grossrat Grass.

Grass: Ich spreche jetzt mit zwei Hüten, einerseits als Leiter der Skischule Tschappina und andererseits als Gemeindepräsident von Urmein und gliedere somit mein Votum in zwei Teile. Als Skischulleiter werde ich ab dem 19. Dezember täglich in Kontakt mit Gästen und meinen Skilehrerinnen und Skilehrern stehen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir alles unternehmen werden, um die Vorgaben vom Bund und Kanton umzusetzen, um die Gesundheit der Mitmenschen nicht zu gefährden. Dazu gehört auch das Erarbeiten und Einhalten eines Schutzkonzeptes. Dieses ist sehr umfassend und entstand nach Vorgaben unseres Dachverbandes Swiss Snowsports und dem kantonalen Skischulverband, welchem ich als Vorstandsmitglied angehöre. Damit wir ein geordnetes Angebot im Winter 2021 anbieten können, sind wir jetzt aber auf Planungssicherheit angewiesen, denn die Gäste werden da sein. Der Buchungsstand ist auf einem hohen Niveau. Das zeigt, dass die Leute sich freuen, ihre Zeit in der Bergwelt zu verbringen und sich sportlich zu betätigen. Daher fordere ich die Bündner Regierung auf, sich beim Bundesrat mit aller Kraft gegen weitere Verschärfungen und Einschränkungen einzusetzen. Die Akteure im Tourismus ertragen keine Schliessung der Betriebe während der Weihnachtszeit. Sie haben bislang alles darangesetzt, dass ein geordneter Betrieb stattfinden kann. Dies zeigen Destinationen wie Davos, Engadin und weitere, die bereits seit einigen Wochen in die Wintersaison gestartet sind. Die Aussagen von Regierungsrat Peyer haben mich erschreckt, wenn er ausführt, dass mit den jetzigen Fallzahlen eine Offenhaltung der Skigebiete in Frage gestellt wird. Da bin ich der Ansicht, dass mit allen Mitteln eine Offenhaltung der Skigebiete erreicht werden muss, nach dem Motto, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Nun spreche ich noch in der Funktion als Gemeindepräsident einer Gemeinde mit Skigebiet. Gestern haben mir die Bergbahnen die Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der COVID-19-Epidemie des Bundes, Stand 4. Dezember 2020 zugestellt. Diese hat heute Morgen auch schon Regierungsrat Caduff ausführlich dargelegt und die Folgen für die Gemeinden aufgezeigt. Dazu habe ich noch einige Fragen an die Regierung. Sind diese Gemeinden verpflichtet, die Schutzkonzepte, die sie erstellen müssen, der Regierung vorzulegen? Und findet noch eine Information seitens der Regierung an die betroffenen Gemeinden statt? Die Gemeinden wurden bis Stand heute Morgen 8.00 Uhr nicht kontaktiert. Ich habe auf der Kanzlei noch nachgefragt. Gerne würde ich es sehen, wenn die Regierung den Gemeinden Hilfestellung leistet, z. B. mit Vorgaben eines Musterschutzkonzeptes. Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, mich bei Regierungsrat Caduff zu bedanken für seinen Einsatz. Ich teile die Ansicht, dass wir diese Aufgabe nur gemeinsam bewältigen können und zähle auch in Zukunft auf die tatkräftige Unterstützung der Bündner Regierung.

Degiacomi: Selten kann ich den Ausführungen von Ratskollege Hohl in so vielen Punkten beipflichten, wie in seinem vorherigen Votum. Und ich möchte insbesondere auch quasi in der Tonalität seinem Beispiel folgen. Ich glaube, die Situation ist einfach für alle Ebenen, wir

erleben das ja selber, extrem schwierig. Es ist extrem schwierig, richtige Entscheide zu fällen, Richtiges umzusetzen dann und auch noch gut zu kommunizieren. Nichtsdestotrotz sind wir ja da auch um zu schauen, was allenfalls noch besser werden könnte. Bei der Spanischen Grippe gab es vier Wellen. Wir stecken in der zweiten Welle. Wir wissen nicht genau, was uns das 2021 bringt. Aber es ist zu befürchten, dass wir nicht schon im Frühling die ganze Geschichte vom Tisch haben werden. Ich möchte über drei Punkte sprechen. Erstens ein bisschen Gesamtstrategie, zweitens über Wirtschaft und Kultur und drittens über die Schulen.

Erstens die Gesamtstrategie: Ich war extrem positiv überrascht im Sommer, als ich den Bericht des Gesundheitsamtes gesehen hatte, die Eventualplanung für die zweite Welle. Ich hatte das Gefühl, dass die Regierung die Zeit nutzt im Sommer, um sich Gedanken zu machen, wie man früh und richtig intervenieren kann, um die Situation im Griff zu behalten. Leider, und da bin ich jetzt enttäuscht über den ersten Teil meiner Frage, die ich gestellt hatte, weil die hat eigentlich nicht das EKUD betroffen, sondern die Gesamtregierung. Leider habe ich dann auf der Ebene der Umsetzung dieses Planes, dieser Eventualplanung nicht erkennen können, wie sich die Regierung an diesen Plan gehalten hätte. Da wurde definiert, bei welchen Indikatoren welche Massnahmen geprüft werden. Aber letztlich muss man sagen, dass die Realität auf der Ebene der Handlungen der Regierung sehr weit von dieser Planung weg war. Und mich hätte eigentlich interessiert, warum das so ist und ja, deshalb hatte ich die Frage gestellt und bis jetzt aus meiner Sicht noch nicht zufriedenstellend beantwortet bekommen. Wenn wir die Auswirkungen dieser Pandemie anschauen, dann ist es ja wirklich in erster Linie auf gesundheitlicher Ebene eine Tragödie. Es ist eine Tragödie für die Menschen, die Angehörige verlieren. Es ist aber insbesondere auch wieder für diese Kreise besonders schwierig, die es sonst schon nicht einfach haben. Das sind Personen mit Benachteiligungen, mit finanziellen beschränkten Mitteln. Das sind aber auch, ich sage es im Kulturbereich Betriebe, Organisationen, die sehr stark von der Hand in den Mund leben aber natürlich auch im wirtschaftlichen Bereich viele Betriebe, die es nicht schaffen, grosse Rücklagen für solch unvorhergesehene Situationen zu tätigen.

Wenn ich zum zweiten Punkt kommen möchte, Wirtschaft und Entschädigungen: In diesem Bereich glaube ich, sind wir uns wahrscheinlich einig im Ziel. Es muss uns gelingen, möglichst wenige Arbeitsplätze zu verlieren, möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten und auch kulturelles, sportliches und gesellschaftliches Engagement möglichst zu erhalten. Es stimmt mich nachdenklich, wenn ich sehe, wie viele Vereine Probleme haben mit ihren Tätigkeiten, sei das im finanziellen Bereich, aber sei das auch, weil die Mitglieder an Engagement eigentlich erlahmen und nicht mehr so bei der Stange sind. Das habe ich jetzt insbesondere auch letzte Woche wieder im Bereich von Musikgesellschaften gehört. Das gibt mir zu denken betreffend dem zivilgesellschaftlichen Engagement, welches für unsere Demokratie so wichtig ist. Wenn ich für Arbeitsplätze für die Wirtschaft schaue, dann muss ich sagen, die Betriebe, was ich sehe,

haben natürlich am meisten Probleme, einerseits wegen dem Personal, aber andererseits auch wegen der Mieten. Die Geschäftsmieten sind ein grosses Problem, das leider die Bundesebene nicht lösen konnte. Und ich möchte der Regierung hier eine Anregung machen, mindestens zu prüfen, ob es nicht doch auf kantonaler Ebene Hebel gäbe. Beispielsweise natürlich nicht im Sinne von Einschränkungen, das wird schwierig auf kantonaler Ebene oder Vorgaben, aber vielleicht auf der Ebene von Anreizen, wenn sich Vermieter und Mieter von Geschäftsliegenschaften einigen können auf beispielsweise eine 60-40-Regel, dass dann der Kanton vielleicht mit einem gewissen Anreiz, mit einer gewissen Geldspritze, sich auch an dieser Lösung beteiligt. Ich möchte das anregen, weil es stimmt mich schon nachdenklich, wenn ich in Zeitungen lese, dass die Immobilienbranche die grosse Gewinnerin dieser Pandemie ist und dass Gewerbe, Gastrobetriebe sehr stark unter Druck sind.

Wenn ich noch zum letzten Punkt kurz etwas sagen kann, Schulen: Also verstehen Sie mich bitte nicht falsch, Regierungsrat Parolini. Der Kontakt mit dem Schulinspektorat läuft hervorragend. Ich muss befürchten, dass meine Schuldirektorin mithört, und sie würde mich nachher schelten, wenn ich etwas Anderes sagen würde, weil es einfach falsch wäre. Wir arbeiten sehr gut mit dem Schulinspektorat für die Region Plessur zusammen. Meine Frage war einfach, schauen Sie, wir sind die grösste Schulträgerschaft, und es gibt noch andere grosse Schulträgerschaften. Und wir telefonieren bisweilen oder schreiben SMS hektisch untereinander. Und ich muss einfach sagen, ich fühle mich nicht gut unterstützt auf übergeordneter Ebene vom EKUD. Uns würde es sehr helfen, wenn wir eine gewisse Gesamtstrategie erkennen könnten. Weil es das nicht gab, haben wir das in Chur selber erarbeitet.

Standespräsident Wieland: Grossrat Degiacomi ich sage es ungen, aber Sie sprechen schon länger als zehn Minuten.

Degiacomi: Ja ich komme gleich zum Schluss. Wir haben ein einfaches Stufenmodell erarbeitet und anhand diesem können wir die nächsten Stufen, also wissen alle eigentlich wo wir sind und wo man erwarten kann, wenn sich die Lage verändert, wo es hingehen könnte. So etwas könnte man für den ganzen Kanton machen. Das würde die Schulträgerschaften enorm unterstützen. Aber ich möchte mich zuletzt bedanken bei den Mitarbeitern des Amtes für Volksschule und Sport und insbesondere bei den Mitarbeitern des Gesundheitsamtes. Diese stehen uns wirklich Tag und Nacht, wirklich auch mitten in der Nacht zur Verfügung und helfen uns enorm.

Buchli-Mannhart: Erlauben Sie mir, noch eine weitere Türe aufzustossen. Die COVID-19-Pandemie ist eine weltweite Katastrophe für die Menschheit. Unzählige menschliche Einzelschicksale...

Standespräsident Wieland: Darf ich Sie bitten, das Mikrophon näher zu nehmen?

Buchli-Mannhart: Ja danke. Unzählige menschliche Einzelschicksale aller Art mit viel Schmerz sind die Folgen. Neben den bekannten Schutzmassnahmen ist zukünftig die Impfung der einzige, der einzige Ausweg aus dieser weltweiten Katastrophe für die Menschheit. Es geht nun zum Glück weltweit schnell, sehr schnell, vorwärts mit dem Impfstoff und dem Impfen der Menschen. Vor diesem Hintergrund ist die tiefe Impfbereitschaft der Bevölkerung eine grosse Herausforderung für alle Entscheidungsträger auf allen Stufen. Gemäss einer Umfrage der TA-Mediengruppe von Ende November 2020 sind nur 53 Prozent bereit oder eher bereit, sich impfen zu lassen. 17 Prozent sagen eher nein, und 25 Prozent wollen sich überhaupt nicht impfen lassen. 5 Prozent haben keine Angaben gemacht. Es ist ein absolutes Gebot der Stunde, das Vertrauen der Bevölkerung in die Impfung zu steigern und die Wichtigkeit der Impfung jedem Einzelnen bewusst zu machen. Eine unerlässliche Massnahme ist, dass alle Grössen aus Politik, Wirtschaft und Sport inklusive Cervelatprominenz, sich möglichst öffentlich und medienwirksam impfen lassen. Sich impfen zu lassen, ist ein patriotischer Akt, ein patriotischer Akt, der direkt Leben rettet. Die Impfung ist realistisch der einzige Weg, der uns wieder ermöglicht, einigermassen normal zu leben und einigermassen normal zu wirtschaften. Liebe Anwesende, ich bitte Sie inständig, helfen Sie mit all Ihren Möglichkeiten mit, dass sich möglichst viele Menschen aus Überzeugung freiwillig impfen lassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre wertvolle Unterstützung.

Engler: Als Erstes möchte ich mich bei Regierungsrat Marcus Caduff für seinen grossen Einsatz und die Bemühungen für eine Rettung der Wintersaison in unserem Kanton unter Einbindung aller Organisationen und Leistungsträger recht herzlich bedanken. Leider muss ich meine grosse Enttäuschung über die Antworten von Regierungsrat Peyer über meine Fragen bezüglich der Ungleichbehandlung der Bergbahnen mit dem öffentlichen Verkehr, bezüglich der Abstandsregelungen ausdrücken. Werden von Seiten des Kantons Graubünden keine Auflagen von Seiten des Bundes hinterfragt? Es kann ja nicht sein, wenn ein panischer Bundesrat in Bern über Auflagen entscheidet, welche in der Realität nicht umsetzbar sind. Hier erwarte ich von Seiten der Regierung Graubündens, solche Auflagen kritisch zu hinterfragen und sich für den gesamten Tourismus zu wehren. Erschüttert hat mich die Aussage oder die Ausführungen von Regierungsrat Peyer heute Morgen, dass nach heutiger Sicht die Wintersaison höchst fraglich ist. Müssen wir nicht über die Kantonsgrenzen hinausschauen und die Spitalkapazitäten auch in den umliegenden Kantonen miteinbeziehen? Wir sind uns doch alle bewusst, dass über die Feiertage alle Zweitwohnungsbesitzer, alle Ferienhungerigen in unserem Kanton sein werden. Und so müsste es ja freie Kapazitäten in deren Wohnkantonen haben.

Auch möchte ich der Regierung noch folgende Anregung mitgeben. Wenn z. B. alle Bergbahnen schliessen müssten, wären die Gäste, welche in unseren Kanton kommen, wie wir es im Frühling und auch im November immer wieder erlebten, alle hier. Sie würden sich alle in

den Dörfern aufhalten oder, was noch schlimmer ist, sich unkontrolliert in den von vor den Naturgefahren ungesicherten Tälern mit Tourenskis oder Schneeschuhen bewegen, was je nach Situation grössere Unfälle geben könnte, als wenn sie kontrolliert auf den gesicherten Skipisten sind. Auch können wir mit den Bergbahnen die Gäste grossräumig verteilen. Bitte, geschätzte Regierung, nehmen Sie solche Überlegungen mit in die Diskussionen mit Bundesbern auf.

Ich habe noch eine Frage. Bis heute wissen wir noch nicht, wo die Sicherheitskonzepte eingegeben werden müssen. Da wäre ich noch froh, wenn wir hier eine Klärung hätten, weil bis Freitag haben wir ja den Termin, dass diese irgendwo beim Kanton abgegeben werden müssen. Es ist mir bewusst, dass wir alle jetzt alles unternehmen müssen, dass wir eine einigermassen ansprechende Wintersaison erhalten werden. Und dazu sind wir alle gefordert, und so danke ich allen Bündnerinnen und Bündnern, wenn sie mithelfen, dass wir einigermassen gut durch die Situation kommen.

Hug: Wir haben nun viele Ausführungen zu den Massnahmen der Regierung gehört. Um das Kommunizierte besser einordnen zu können, teile ich alle Informationen in zwei Hauptgruppen auf, nämlich erstens die inhaltliche Wertung der Massnahmen und zweitens das Vorgehen der Krisenkommunikation bei der Anordnung von Massnahmen. Kollege Koch wird später auf die Kategorie eins eingehen. Ich fokussiere mich aus Effizienzgründen auf die Art und Weise der Krisenkommunikation. Um es vorweg zu nehmen: Ich erlebte diese Krisenkommunikation als hektisch und viel zu kurzfristig. Und mit dieser Meinung war ich leider nicht alleine in diesem Kanton. Es ist nicht einfach eine rebellische Haltung einer Oppositionspartei, nein, es ist die völlig ungeschminkte Rückmeldung von unglaublich vielen Direktbetroffenen. Wie sollen sich unsere Gastro- und Tourismusbetriebe ernsthaft auf die kommende Wintersaison vorbereiten, wenn sich so kurzfristig die politische Ausgangslage verändert? Hier wird aus meiner Sicht einer funktionierenden Branche mit wirksamen Schutzkonzepten jegliche Planungssicherheit geraubt. Ich hätte mir die Schliessung einer gesamten Branche mit nur wenigen Stunden Vorlauf nie im Leben vorstellen können. Das gebe ich ehrlich zu. Und nun wurde ich eines Besseren belehrt, aber im negativen Sinne.

Und was ich eben gar nicht verstehen kann, dieses Vorgehen wurde nicht zum ersten Mal angewandt. Im März dieses Jahres wurden die Schulen geschlossen. Als Gemeindepräsident weiss ich noch haargenau, wie sich das abgespielt hatte. An einem Freitagnachmittag um zirka 14.00 Uhr erhielten die Schulgemeinden die Meldung, dass die Schulen ab Montag 6.00 Uhr zu schliessen seien. Ein Hohn für jeden, der den Schulbetrieb von Innen kennt, denn um diese Zeit war ein Grossteil des Schulbetriebs bereits im Wochenende. Was waren die Folgen davon? Grosse Hektik, Unsicherheit und ein völlig unnötiger Aufwand bei jeder einzelnen Schulgemeinde. Dann kam der 16. Oktober dieses Jahres. Wieder wurden von der Regierung an einem Freitag Massnahmen angeordnet, und dies im Wissen darum, dass bereits am Montag darauf der Bund die nur zwei Tage

alten Massnahmen überholen wird. Auch die damaligen Folgen waren klar. Hektik und Unsicherheit in vielen Betrieben und wiederum bei jeder einzelnen Gemeinde. Und nun also der letzte Freitag, der 4. Dezember: Noch härtere Massnahmen mit noch weniger Vorlauf. Auch hier, die Folgen daraus muss ich Ihnen nicht im Detail erklären. Grosse Hektik und Resignation, unnötig ange-reistes Personal, Einbrüche der Reservierungen und ein Umgang mit Lebensmitteln, der äusserst fragwürdig ist. Wir befinden uns im 10. Monat einer Pandemie, und ich bin klar der Meinung, also zumindest in der Schweiz, und ich bin klar der Meinung, dass die an den Tag gelege-te Hektik bei der Umsetzung von Massnahmen nicht angebracht ist. Geschätzte Regierungsräte, warum han-deln Sie so? Die Bündner Bevölkerung notabene, ihr Auftraggeber will das nicht. Davon bin ich überzeugt. Regierungsrat Caduff hat heute von einem Affront des Bundes gegenüber den Kantonen gesprochen. Er fühlt sich unrecht behandelt, weil der Bund auch jene Kantone abstrafte, welche konkrete Massnahmen eingeleitet haben. In dieser Frage gebe ich Ihnen zu 100 Prozent recht. Ich kann Ihre Enttäuschung gut nachvollziehen, Regierungsrat Caduff. Aber so wie Sie sich heute fühlen, haben sich letzte Woche tausende von Gastronomen geführt. Auch sie hatten während dem ganzen Sommer und dem Herbst bewiesen, dass sie mit aufwändigen und teuren Schutz-konzepten sehr gute Arbeit geleistet haben, nur mit dem Unterschied, dass die Enttäuschung der Regierung mit Steuergeld gedeckt wird. Aber bei vielen Bündnerinnen und Bündnern wird in diesem Winter Lichterlöschen angesagt sein. Es werden stolze Familienbetriebe einge-hen. Es werden hart angesparte Reserven vernichtet, und es werden Existenzen zerstört. Und dies ist nicht nur die direkte Folge des Virus, sondern teilweise auch ein Kol-lateralschaden der angeordneten Massnahmen. Also geschätzte Regierung, ich fordere Sie dazu auf, bei sämt-lichen kantonalen Massnahmen einen Vorlauf von meh-teren Arbeitstagen einzuplanen.

Weiter müssen Sie der Bevölkerung doch klar kommuni-zieren, welche Parameter für die Regierung ausschlagge-bend sind, um die Massnahmen zu lockern. Regierungsrat Peyer, uns ist allen klar, dass die Fallzahlen, der R-Wert, die Tendenzen und freie Bettenkapazitäten ent-scheidend sind. Aber die Bündner Bevölkerung benötigt doch konkrete Angaben. Wo genau liegen die Schwel-lenwerte, welche die Bündner Regierung mit den heuti-gen Massnahmen unterschreiten will? Es ist mir absolut klar, dass Sie in der aktuellen Lage unter grossem Druck stehen. Sie haben keine leichte Aufgabe, ich möchte das betonen. Der Bundesrat setzt die Kantone in einer Art und Weise unter Druck, welche ich als skandalös be-zeichnen würde. Das heisst aber nicht, dass deswegen kantonale Massnahmen ebenfalls so hektisch und kurz-fristig angeordnet werden dürfen. Das ist Gift für alle betroffenen Betriebe und Angestellten. Es schürt Exis-tenzängste und spaltet unsere Gesellschaft. Und am allerschlimmsten, es schmälert das Vertrauen der Bevöl-kerung in die angeordneten Massnahmen der Politik. Und auf dieses ausserordentliche Vertrauen der Bevölke-rung wird die Politik voraussichtlich noch lange ange-wiesen sein.

Und zum Schluss noch ein Wort zum Verhalten des Bundesrates. Ich habe jetzt etliche Male gehört, unter anderem auch von Fraktionspräsident Cramer, dass das Verhalten des Bundesrates scharf verurteilt wird. Ich teile diese Meinung klar. Aber der Bundesrat ist nicht einfach ein abstraktes Gebilde. Nein, es sind sieben Politiker aus vier verschiedenen Parteien, welche alle in diesem Saal vertreten sind. Also wenn wir heute den Bundesrat direkt kritisieren, beachten Sie bitte auch, wie ihre jeweiligen Parteimitglieder im Bundesrat sich ver-halten haben.

Caviezel (Chur): Es ist wichtig und richtig, dass wir über dieses anspruchsvolle Thema diskutieren, und ich betone ganz bewusst, dass es anspruchsvoll ist, weil es ist eben vielschichtig. Die Debatte war bis jetzt zu stark, meiner Meinung nach, von der Frage der Wirtschaft bestimmt. Es wurde mehrfach betont, man solle alle Mittel anwen-den, um möglichst viel offenzuhalten, um möglichst eine umfassende Tourismussaison garantieren zu können. Ich finde, in dieser Debatte kommt die menschliche Frage, die Frage nach den Personen, die leider verstorben sind, deutlich zu kurz, und ich möchte dazu etwas sagen. Aus diesem Grund zitiere ich aus einem Kommentar der Sonntagszeitung vom letzten Sonntag. Zitat Anfang: «Über 200 Todesanzeigen von Coronaopfern haben wir beim Tamedia Recherchedesk in den letzten zwei Wochen gesammelt. Mit mehr als einem Dutzend der Hin-terbliebenen haben wir gesprochen. Die Erfahrungen waren erschütternd. Zuweilen kamen wir uns vor wie auf einem anderen Planeten. Während Politikerinnen und Politiker, Touristiker öffentlich über Gondelbelegungen in den Skigebieten stritten, erzählten uns die Menschen, wie sie sich am Telefon von ihren Liebsten für immer verabschieden mussten, wie der Arzt den Hörer zu einem Sterbenden hinhielt, der längst intubiert im Koma lag und die Worte gar nicht mehr hörte. Eine Frau schildert, dass ihr 66-jähriger Vater nicht mehr ins Spital kam, weil seine Symptome nicht stark genug schienen. Die Klinik war an der Kapazitätsgrenze. Kurz darauf starb er. Solche Szenen spielen sich derzeit überall in der Schweiz ab. Mehr als 5000 Tote hinterlassen zehntau-sende Trauernde, die Schlimmes erzählen. Aber wer der öffentlichen Debatte folgt, den Politikern, den Regie-rungsräten, den Lobbisten, den Verbänden, der hört wenig davon. Man könnte meinen, die Schweiz nehme dieses Sterben bewusst in Kauf. Warum gibt es bei uns keinen politischen Aufstand gegen dieses Laissez-faire, gegen das Schwarzpeterspiel zwischen Bund und Kantonen? Wo sind die Gesundheitspolitikerinnen und Ge-sundheitspolitiker, die Spital-CEOs, die sagen, dass wir mit dieser Politik ältere Menschen bewusst in den Tod gehen lassen?» Zitat Ende.

Aktuell sterben in der Schweiz, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, 50 bis 100 Personen am Tag, gestern waren es 87 Personen. Das klingt nach einer sehr ab-strakten Grösse, ist es aber nicht. Wir tagen hier, ge-schätzte Kolleginnen und Kollegen im Kongresszentrum, ganz nahe beim HCD-Stadion. Dort haben 7000 Perso-nen Platz. So viele Personen werden bis Ende Jahr in der Schweiz an Corona gestorben sein, ein ganzes Stadion voll. Wir haben gestern 87 Tote gehabt. Ich habe es

gesagt. Stellen Sie sich vor, das ist so viel, wie wenn jeder Tag ein Doppelstockbus einer Seniorenreise über eine Klippe fahren würde, wie ein grosser Bergsturz auf ein Seniorenheim jeden einzelnen Tag. Ich höre viele Fragen, viele Bemerkungen zur Wirtschaft, zu den Existenzen, die ich sehr gut verstehen kann. Aber wo sind die Fragen zu den Angehörigen? Wo sind die Fragen zum Punkt: Gibt es eine spezielle Anteilnahme, eine Mahnwache, eine Begleitung dieser Personen? Es sterben hunderte Leute in diesem Land. Und dazu hört man viel zu wenig. Und das muss einfach auch mal gesagt werden. Und es ist eben auch so, dass bei uns mehr Personen in der zweiten Welle sterben als in vergleichbaren Ländern. Wir haben im Vergleich zu Deutschland, gemessen an der Bevölkerung viermal so viele Tote, gar nicht zu sprechen mit Ländern, die es wirklich gut im Griff haben wie Dänemark, Norwegen oder Finnland oder Ländern, die noch viel weiter weg sind wie Südkorea, Taiwan oder Singapur etc. die durchaus auch anders strukturiert sind. Müsste man nicht fragen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, was machen diese Länder eigentlich besser? Warum haben die weniger Tote? Müsste man nicht alle aufrufen, dass wir wie bei der ersten Welle zu den besten Ländern gehören? Müssen wir nicht den Anspruch haben, als das Land, das am zweitmeisten nach der USA, am zweitmeisten fürs Gesundheitswesen aus gibt, dass wir eine der tiefsten Todesraten hätten? Müsste das nicht unser Anspruch sein? Und auch mir sind Winterferien sehr wichtig. Auch ich werde die in einem Ferienhaus in den Bergen verbringen. Und auch ich halte nichts von unbrauchbaren Regulierungen, die man in der Praxis nicht umsetzen kann. Und auch ich glaube, dass die Ansteckungen nicht auf der Skipiste stattfinden werden. Aber unser Diskurs ist am falschen Ort. Wir brauchen wieder mehr Fokus für das, was am Ende zählt, Menschenleben.

Rufen Sie sich in Erinnerung, was in unserer Verfassung ganz am Anfang steht, auf was wir unseren Eid ablegen. Wir, das Volk des Kantons Graubünden im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott sowie gegenüber den Mitmenschen und der Natur. Das ist unsere höchste Pflicht. Unsere allerhöchste Pflicht, unsere Bevölkerung an Leib und Leben zu schützen. Und in einem Land, in dem bis Ende Jahr 7000 Leute sterben, können wir nicht behaupten, dass uns das gut gelingt. In diesem Sinne, ich bin für die Massnahmen der Regierung. Wir sind dafür, dass man so gut wie möglich lernt, wie man es vermeiden kann, weitere Tote zu haben. Die angedachten Massentests sind ein erster richtiger Schritt. Diesen begrüessen wir.

Und um abzuschliessen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe 200 Prozent Verständnis für alle Personen, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind. Da habe ich grösstes Verständnis. Und für diese Leute braucht es endlich finanzielle Unterstützung. Wir können es uns leisten auf Bundesebene und auf kantonaler Ebene. Wenn Sie, Kollege Hug, von einem Skandal reden, dann ist der grösste Skandal, dass wir keine Lösung gefunden haben nach acht Monaten für die Geschäftsmieten. Das darf und kann nicht sein, dass Kleinstbetriebe, KMUs, Gewerbler auf Kosten der grossen Immobilienkonzerne am Schluss finanziell am

Rumpf sind. In diesem Sinne: Kämpfen Sie in diesem anspruchsvollen Kampf bei Corona auch um die Menschlichkeit. Stellen Sie das nicht zurück. Betonen Sie das auch in Ihren Voten. Betonen Sie es auch in Ihren Gesprächen. Es gibt hier im Saal diverse Personen, die Angehörige verloren haben und die es sehr persönlich erlebt haben. Und es gibt sie draussen in der Bevölkerung in unserem Kanton und in vielen anderen Kantonen. Gemeinsam können wir es packen. Das beste Wirtschaftssystem ist jenes für uns, bei dem wir die Pandemie möglichst gut in den Griff bekommen.

Fasani-Horath (Mesocco): Die Ausführungen jetzt vom Grossrat, der soeben gesprochen hat, berühren mich zutiefst. Ich habe jetzt die Zahlen auch angeschaut, und sie sind tatsächlich ziemlich eindrücklich, vor allem diese von den Leuten 80 Jahre und älter. Da haben wir letztes Jahr in derselben Woche 862 und jetzt im Moment 1152. Das sind ja bestimmt fast 200 Menschen mehr. Es ist jetzt schwierig für mich zu sprechen, weil niemand will, dass seine Eltern sterben. Meine Eltern sind auch mehr als 80. Ich möchte aber auf zwei Punkte trotzdem eingehen. Die WHO unterstützt die Annahme nicht, dass symptomlose Träger die andern anstecken können, und dies behauptet das BAG aber. Um einen R-Wert seriös zu eruieren, der jetzt im Moment als Basis gilt, um die Skigebiete offen zu lassen oder nicht, müsste man die Hälfte der Bevölkerung testen. Deshalb ist, um wirklich die richtige Entscheidung treffen zu können, um nicht verantwortlich zu werden für mehr Tote, aber auch nicht Familienväter in die Situation zu bringen, dass sie ihre Familien nicht mehr durchbringen, müsste man schauen, dass die epidemiologische Lage mit den richtigen Werten angeschaut wird. Und ich wollte dazu aufrufen, eventuell eine Delegation auszusenden, dass der Regierungsrat direkt mit dem Bundesrat noch einmal spricht, weil die Skigebiete können sich anstrengen, wie sie wollen und alle Schutzmassnahmen vorbereiten. Aber wenn der Bund sagt, die Epidemiologie erlaubt es nicht, wird es nicht zu einer Öffnung der Berggebiete führen.

Maissen: Ich möchte zuerst den Kollegen Hohl und Caviezel für die sehr differenzierten und auch tief sinnigen Ausführungen danken, die mir aus dem Herzen gesprochen haben. Ich möchte hierzu nicht noch mehr anfügen. Es wurde Vieles sehr treffend gesagt. Es ist mir aber auch ein Anliegen, zuerst einen grossen Dank auszusprechen an die Regierung und an alle verantwortlichen Behörden. Es ist eine hoch komplexe Situation, die uns seit Monaten im Bann hält. Und die Regierung, die Behörden, sie müssen im Moment tagtäglich immer im Halbwissen so quasi im Blindflug unter viel Druck, öffentlichem Druck wichtige Entscheidungen und harte Massnahmen treffen. Es ist eine unglaubliche Verantwortung, die auf ihren Schultern lastet, und ich vermute, dass sie manchmal auch müde sind.

Ich habe aber noch zwei ganz konkrete Fragen zu den Ausführungen vor dem Mittag. Es wurde von den Regierungsräten Peyer und Caduff gesagt, dass vor allem in den Spitälern das Personal ein limitierender Faktor sei. Und ich gehe davon aus, dass dieser Engpass sich noch zuspitzen könnte, wenn noch mehr Angestellte im Ge-

sundheitswesen krank sind oder auch erschöpft sind. Im Frühling hat der Kanton einen Aufruf gemacht an alle Personen, sich zu melden, die einen beruflichen Hintergrund im Gesundheitswesen haben. Darum jetzt meine Frage. Wird diese Liste noch aktiv bewirtschaftet? Werden diese Personen aufgerufen, sich bereitzustellen für einen Dienst im Gesundheitswesen? Das könnte eine Entlastung sein. Ein zweiter Bereich mit einem zuspitzenden Engpass ist die Schule, wo auch immer wieder Lehrpersonen krank werden. Mir ist ein Fall bekannt, wo die Lehrperson ein Burnout hat, die Aushilfe ist kurz danach an Corona erkrankt. Am Schluss wurde die Klasse vom Praktikanten unterrichtet. Das war sozusagen noch ein Glücksfall. Gibt es auch hier den Ansatz einen Aufruf zu starten an all jene Personen mit einer Lehrerausbildung, sich bereitzustellen für solche Aushilfen? Das meine zwei Fragen.

Koch: Die SVP-Fraktion dankt der Regierung für Ihre Worte zum Krisenmanagement und der Verwaltung für die Tätigkeit während der aktuellen Lage. Wir anerkennen gerne, dass viele Mitarbeitende des Kantons sich in dieser Krise wirklich stark einsetzen und engagieren und damit wichtige Bereiche und Leistungen aufrechterhalten. Die aktuelle Situation ist die wohl schlimmste Krise und grösste Herausforderung, welche unser Land wahrscheinlich seit Generationen erleben musste. Für uns ist es daher eminent wichtig, ja schlicht unerlässlich, dass nun nicht einfach unüberprüft Lob und Lorbeeren verteilt werden und man sich auf die Schulter klopft. Nein, nun muss man eben auch das Management während der Krise sauber analysieren, bewerten und aufarbeiten. Ansonsten vergeben wir uns die einmalige Chance, die nötigen und wichtigen Lehren aus der Krise zu ziehen und diese Erkenntnisse gewinnbringend für die Vorbereitung auf kommende Krisen zu nutzen. Aus unserer Sicht ist es die Pflicht dieses Parlamentes, Arbeit, Entscheide und Vorgehen von Regierung und Verwaltung eben zu untersuchen und durchaus kritisch zu würdigen. Wir sind uns wohl bewusst, dass die Führung und das Entscheiden in einer solchen Krise eine sehr schwierige Aufgabe darstellt und man gezwungen ist, basierend auf wenigen Informationen, rasche Entscheidungen zu fällen. Daher liegt es in der Natur der Sache, dass rückblickend Fehler geschehen sind und man danach immer schlauer ist.

Aber genau aus dieser Erkenntnis heraus muss es zwingend eine ehrliche, transparente, kritische und unabhängige Aufarbeitung geben. Dass wir Menschen eben allgemein dazu neigen, dass wir gemachte Fehler abstreiten oder kleinreden, ist ebenfalls bekannt. Auch unsere Regierung und aber eben auch der Bund sind davon nicht gefeit. Der schottische Historiker Thomas Shirley sagte dazu: Der schlimmste Fehler ist, sich keines Fehlers bewusst zu sein. Wenn wir dies zulassen, dann begehen wir eine Gralsünde im Krisenmanagement und haben für die Folgen dieser Sünde auch die spätere Verantwortung zu tragen. Aber genau das machen wir eben leider heute in der aktuellen Krise vielfach. Kritische Stimmen werden zum Schweigen gebracht. Es wird immer wieder auf die Tragik der Situation hingewiesen. Es wird versucht, mit Angst Leute hinter sich zu bringen. Die Kollegen

Bigliel und Loepfe haben uns hier gestern nach meiner Meinung in den sozialen Medien wirklich bewiesen, wie es eben unwürdig laufen kann, denn für mich ist etwas weder vernünftig noch wahr, nur, weil es eine Mehrheit sagt. Als Galileo gesagt hat, die Erde dreht sich doch, war er eben auch eine kleine Minderheit. Also sollten wir eben immer gut zuhören, egal wie wirr teilweise vielleicht ein Votum sein mag oder etwas rüberkommt, anstatt Personen schlussendlich einfach als aggressive Verweigerer abzutun. Wir sehen es nun auch in Graubünden: Immer mehr Personen stehen meiner Meinung nach nicht mehr hinter den Massnahmen der Regierung oder des Bundes, und wir drohen als Politik die Glaubwürdigkeit und die Deutungshoheit in diesen wichtigen Fragen zu verlieren. Spätestens seit gestern Abend meine ich, ist der Kessel eben geflickt.

So, nun kommen wir zum eigentlichen Thema. Ich werde mich hier gerne kurz zu dem am letzten Freitag von der Regierung verkündeten Massnahmen äussern, auch wenn diese teilweise durch die Kommunikation des Bundesrates von gestern in einem anderen Licht erscheinen. Es ist für die SVP-Fraktion absolut unverständlich, wie die Regierung auf die Idee gekommen ist, Restaurants, Sportstätten und Weiteres jetzt zu schliessen, und das noch sehr kurzfristig. Auf die Krisenkommunikation und das Vorgehen ist mein Kollege Hug bereits eingegangen. Für uns hat hier die Regierung zu früh dem Druck von aussen nachgegeben und sich eben von Angst leiten lassen, und leider muss man jetzt heute, spätestens seit gestern Abend eben auch sagen, für den Bundesrat wahrscheinlich teilweise vorgespurt, ohne dass sie es wollte. Und das darf man sagen. Hier glaube ich wirklich, was Herr Caduff heute Morgen ausgeführt hat. Und hier glaube ich auch, dass er verärgert war. Der Bundesrat hat hier auch unsere Regierung in die Pfanne gehauen.

Graubünden und die Schweiz kennen leider keine verlässlichen Zahlen mehr, wo sich Personen angesteckt haben könnten, da die Nachvollziehbarkeit über das Contact Tracing schwierig ist und bei gut 50 Prozent nicht mehr nachvollzogen werden kann. Aber eigentlich müsste jede behördliche Massnahme einen Stresstest auf Wirksamkeit und Verlässlichkeit bestehen. Dafür müssen wir aber eben die Infektionsherde kennen. Das Contact Tracing liefert die Daten nicht mehr. Die völlig überbelegte COVID-19-App des Bundes funktioniert diesbezüglich leider ebenfalls nicht. Es gibt aber Zahlen und Studien aus dem Ausland dazu. Ich denke, hier können wir auch davon ausgehen, dass das Virus kaum zwischen Schweizern, Deutschen oder Japanern unterscheiden wird. Eine dazu breit angelegte Studie aus Japan kommt zu folgendem Schluss: Der japanische Premierminister und das Amt für Gesundheit, Arbeit und Soziales gibt aufgrund dieser Studie drei Situationen an, die das Risiko für COVID-19-Fälle massiv erhöhen können und raten daher der Bevölkerung, die drei C zu vermeiden: closed spaces, crowded places and close-contact settings. Also, geschlossene Räume, überfüllte Orte und enge Räume mit nahem Kontakt. Daher ist auch für das BAG unterdessen klar, insbesondere in schlecht belüfteten Räumen wie Bars, Lift und engen Wohnungen besteht eine grosse Ansteckungsgefahr. Auf

der Homepage des BAG findet man dann auch, was man vermeiden sollte: Bahnhof, Zug oder Bus, Laden mit vielen Kunden, nun aber eben auch nichts, das es rechtfertigen würde, Restaurants und Sportstätten zu schliessen oder Kapazitäten weiter zu begrenzen, wie es der Bundesrat nun vorhat. Es trifft eben wieder genau Branchen, welche sich grosse Mühe geben und doch beträchtliche Mittel investiert haben, um offenhalten zu können und die Gäste zu bewirten. Und die Angebote waren geschätzt und wurden auch breit genutzt. Auch in den vorgängigen, einzelnen Medienberichten war grossmehrfach eine positive Stimmung gegenüber den Gastronomen und der Einhaltung der Schutzkonzepte festzustellen. Die meisten haben hier wirklich ihre Verantwortung wahrgenommen und werden nun abgestraft. Wichtig ist nun aus unserer Sicht, dass alle wieder baldmöglichst schnell und wirtschaftlich sinnvoll öffnen können. Und dazu gehören eben nicht Ladenöffnungs- oder Restaurantöffnungszeiten bis 19.00 Uhr. Und hier habe ich grosse Bedenken seit gestern.

Schauen Sie, gleichzeitig wollen wir möglichst breit testen. Das ist gut und das ist richtig aus den Überlegungen, die die Regierung zu diesem Zeitpunkt angestellt hat, als sie diese eben angestellt hat. Möglichst viele Personen sollen nun also bis am 14. Dezember einen Corona-Test machen. Was wird zwangsläufig, wir haben es gehört von Kollege Hohl, mit den Zahlen geschehen, wenn Sie breit testen? Die Fallzahlen werden erneut höher ausfallen. Das muss ja so sein, dass ein gewisser und zwar nicht zu verachtender Anteil der Bevölkerung positiv ist und keine Symptome hat. In Vergleichstesten kann man hier gut und gerne von einem Prozent ausgehen. Und hier kommt erschwerend dazu, dass mittlerweile bekannt ist, dass insbesondere bei Personen mit niedriger Virenlast die Tests nicht immer zuverlässig und falsche positive Ergebnisse, aus Österreich von bis 30 Prozent, ausgegeben wurden. Wir werden also zu hohe Zahlen ausweisen. Für die Eindämmung mag dieses Resultat ja okay sein und gegebenenfalls 30 Prozent inklusive dem gesamten Umfeld, welche dann halt unnötig isoliert werden, auch tragbar sein, für eine Entscheidungsgrundlage mit grosser wirtschaftlicher Tragweite, über weitere Massnahmen jedoch nicht.

Und nun wird die Regierung aber auch der Bundesrat die höheren Zahlen Mitte Dezember vorliegen haben. Regierungsrat Peyer hat uns ausgeführt, was diese Zahlen wahrscheinlich für unsere Skigebiete eben bedeuten werden. Es ist richtig, dass Sie wissen wollen, wie wo und was. Das ist eine Grundlage, die Sie für weitere Entscheidungen brauchen werden. Aber hier wird unsere Regierung, und hier appelliere ich wirklich an Sie, hier werden Sie extrem gefordert sein, sich zu erklären, weshalb die Skibetriebe öffnen sollen, obwohl die gerade vorliegenden Zahlen dies eben einfach absolut betrachtet, vielleicht nicht zulassen werden. Ich zitiere aus Ihrem Votum heute Morgen, Regierungsrat Peyer. «Mit den Zahlen von heute ist höchst fraglich, ob wir die Skigebiete öffnen können.» Hand aufs Herz, wir haben die Ausführungen gehört. Hier bin ich wirklich nicht sehr optimistisch, dass der Bund auf uns hören wird und den Mut hat, die Zahlen eben landesweit richtig zu interpretieren und zu sagen, sie sind in Graubünden zwar

etwas höher, aber wir können das rechtfertigen und verantworten, denn wir haben jetzt die Infektionsherde isoliert.

Dann vielleicht aber noch etwas zu den Zahlen. Und hier sollte sich, meine ich, auch die Regierung vielleicht nochmals etwas überdenken. Aus Ihren Folien, die Sie uns heute gezeigt haben, haben Sie, Folie zwei und Folie drei, die Vergleiche mit dem Kanton Wallis angestellt. Zuerst habe ich gedacht, eindrückliche Grafik, wenn man sieht, wo die beiden liegen. Wenn man sich dann aber die Folien genauer anschaut, stellt man doch fest, dass wir eigentlich gleich sind, was die aktuellen Zahlen betreffen, denn Sie werden schnell feststellen, dass die Y-Achse beim Kanton Wallis Faktor drei höher ist als im Kanton Graubünden. Und das ist eben genau das mit den Zahlen. Es lohnt sich hier, wirklich genau hinzuschauen und hier wirklich muss ich an die Regierung appellieren: Versuchen Sie auch, die Zahlen für Graubünden wirklich immer sauber zu erklären und darzulegen. Ansonsten werden wir mit der aktuellen Drohungspolitik aus Bern unterliegen. Und eben genau diese Drohungspolitik des Bundesrates ist nach meiner Meinung ein Trauerspiel und führt dazu, dass wir wirklich aufpassen müssen, was wir nun machen.

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Wirtschaft brauchen eine Perspektive, keine Androhungen mit einer Peitsche, denn aus der Bevölkerung gibt es gegen die Massnahmen der Regierung, aber auch gegen die neuen Drohungen vom Bund immer mehr Kopfschütteln. Es sind nun, wie es auch Kollege Hug ausgeführt hat, klare Kriterien gefragt. Schlussendlich können wir heute leider der Regierung nur noch mitgeben, sich in aller Deutlichkeit in Bern für den Föderalismus einzusetzen, und dass eben auch insbesondere die kommenden Zahlen richtig interpretiert werden und belastbare Fakten als Grundlagen für weitere Entscheidungen genommen werden.

Pajic: Heute möchte ich Ihnen ein Stimmungsbild aus dem Spital in den Grossen Rat bringen. Ich studiere Medizin und arbeite im Unispital in Bern in der Pflege. Auch im Kantonsspital in Fribourg habe ich viele Praktika. Und meine Damen und Herren ich möchte Ihnen berichten, die Situation ist dramatisch. Alle sind angespannt, alle haben Angst. Viele wissen nicht genau, wie sie sich verhalten sollen. Aber vor allem sind alle überlastet. Das Pflegepersonal sowie die Ärztinnen und Ärzte, und das schon vor COVID-19. Es ist ein Kampf um die Betten ausgebrochen. Im Inselspital ist der Platz eng. Im Kantonsspital Fribourg gab es zeitweise nicht ein einziges freies Bett mehr. Szenarien, die auch bei uns möglich sind. Das Bild aber von Patientinnen und Patienten ist wahrscheinlich das, was mir am allerheftigsten und am längsten bleiben wird. Und hier politisiere ich nicht mit Angst, sondern mit Realität. Können Sie sich vorstellen, wie es ist, einem Menschen in die Augen zu schauen, der Panik hat, keine Luft kriegt und um Atem ringt? Können Sie sich vorstellen, wie es ist, 30-Jährige am Rollator zu sehen, weil ihre Lungen nicht mehr mitmachen? Ich finde, in dieser Debatte gehen oft diejenigen vergessen, die es am allerschwersten trifft.

Und mir ist bewusst, dass diese Situation einfach für alle schwierig ist. Aber wir müssen unbedingt dazu schauen,

dass die Fallzahlen, die heute einfach viel zu hoch sind, sinken und so tief wie möglich bleiben, denn über kurz oder lang werden die Menschen im Gesundheitssystem das einfach nicht mehr aushalten. In Krisen sind wir alle gefordert, speziell diejenigen, die mehr haben, können und müssen jetzt auch mehr geben, denn nur, wenn wir alle aufeinander schauen, können wir das Beste aus dieser Situation machen. Wenn ich in die Spitäler schaue, dann sehe ich vor allem Eines: Die Schutzkonzepte funktionieren nicht, denn ich frage Sie: Wie können Schutzkonzepte, deren Ziel es ist Ansteckungen zu verhindern und zu senken, funktionieren, wenn die Ansteckungen steigen? Ich bin mir auch bewusst, dass diese Krise schon eine Weile geht und sehr wahrscheinlich auch noch eine ganze Weile andauern wird. Worauf ich aber hinaus will ist, sehr geehrte Damen und Herren, ich plädiere an Sie, auch wenn die Diskussionen technisch und abstrakt werden, bitte rufen Sie sich in Erinnerung, dass hinter all dem Menschen und ihre Schicksale stecken. Und für diese Menschen geht es um alles. Deshalb möchte ich der Regierung danken, denn wir sind nur einer von zwei deutschsprachigen Kantonen, die den Empfehlungen des Bundesrates gefolgt sind. Ich hoffe inständig, dass sie auch in Zukunft die Courage finden werden, um kluge aber vor allem auch um mutige Entscheidungen zu treffen.

Hardegger: Vorerst möchte ich mich dem Dank meiner Vorredner und Vorrednerinnen an die Regierung und die Verwaltung anschliessen. Sie wurden mit COVID-19 unvorbereitet vor die grösste Herausforderung gestellt. Sie leisten Grosses und geniessen weiterhin mein, und ich darf, glaube ich, sagen, unser Vertrauen. Der grösste Teil des Grossen Rates hat sich heute einem COVID-19-Test unterzogen. Die meisten Stühle hier im Rat sind noch besetzt, so dass ich davon ausgehe, dass das Testergebnis negativ war. Das Engagement von euch, liebe Kolleginnen und Kollegen ist löblich. Nur frage ich mich, was es nützt. Bereits morgen um die gleiche Zeit kann sich die Situation wieder gegenteilig präsentieren. Ich bin davon überzeugt, dass mit einer Impfung ein wirksamer Schutz vor einer Erkrankung erreicht werden kann. Mit einer Impfung kann die Pandemie meines Erachtens ohne Lockdown am raschesten unter Kontrolle gebracht werden. Davon würde die ganze Gesellschaft profitieren. Aktuell stelle ich aber einen grossen Widerstand gegen das Impfen fest, sowohl bei der Bevölkerung als auch in meinem beruflichen Umfeld, d. h. in den Pflegeeinrichtungen. Als Grund dafür mache ich eine fehlende beziehungsweise ungenügende Information über die Folgen einer Impfung aus, wie z. B. die Nebenwirkungen, die Langzeitwirkung, die Immunität nach einer Erkrankung usw., obwohl heute zu diesen Fragen klare Aussagen der Fachleute gemacht werden können. In der Vergangenheit habe ich mich nie gegen die Grippe impfen lassen. Ich bin immer davon ausgegangen, dass ich gestärkt aus einer Grippeerkrankung hervorgehe, wenn ich eine solche überstehe. Bei der COVID-19-Pandemie könnte ich die gleiche Haltung einnehmen. Das mache ich aber nicht, weil COVID-19 etwas Anderes ist. Das Risiko einer Ansteckung ist bei COVID-19 unvergleichlich höher, wie wir wissen. Zudem kann ich

im Gegensatz zu einer Grippe, und davon bin ich trotz dem Votum einer meiner Vorrednerinnen überzeugt, erkranken ohne Symptome. Ich würde normal weiterarbeiten und damit unwissentlich Mitmenschen anstecken. Dieses Risiko möchte ich aber nicht tragen und werde mich somit impfen lassen, sobald der Impfstoff vorhanden ist. Meine Frage an die Regierung: Wie stuft die Regierung die Chance ein, die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eine Impfung mit einer flächendeckenden Aufklärungskampagne abzubauen und die Bevölkerung oder mindestens bestimmte Berufs- oder Risikogruppen zur Impfung zu motivieren? Und ist sie allenfalls dazu bereit?

Pfäffli: Ich wollte mich eigentlich in dieser Debatte nicht melden. Ich möchte aber schnell kurz zusammenfassen. Wir haben einige Argumente und Begründungen gehört für das Vermeiden der wirtschaftlichen Schäden. Wir haben das gleiche gehört bei den gesundheitlichen Schäden. Wir haben einen eindrücklichen Erlebnisbericht aus einem Spital erfahren. Ich teile auch die Ansicht von Grossrat Caviezel, dass hinter jedem einzelnen Toten ein Schicksal und grosse Trauer steckt. Auch das ist sehr wichtig, dass man das in dieser Runde bespricht in diesem Saal. Zwei Aspekte sind mir aber bis jetzt zu kurz gekommen, und deshalb möchte ich mich noch schnell kurz melden. Zum ersten: Es sind die gesellschaftlichen Folgen, die im Raume stehen, die diese Pandemie verursacht. Ich glaube, wir werden noch lange nach dem Ende von COVID-19 an diesen Folgen in der gesamten Gesellschaft zu tragen haben, weil sie sich wirklich entscheidend auf die Gesellschaft auswirken werden und diese auch verändern, ich befürchte in einem heute negativen Sinn.

Und das zweite ist: Wenn ich jeweils die Verordnungen der Regierung und die Beschlüsse sehe, die enden immer mit dem gleichen Satz, und ich habe im Juni schon darauf hingewiesen: Verantwortlich für die Umsetzung sind die Gemeinden. Dass die Gemeinden, die Exekutive, die Gemeindemitarbeiter, die Gemeindeführungsstäbe hier einen enormen Effort leisten und leisten müssen, sollte in diesem Saal auch gesagt werden. Die Herausforderungen sind gewaltig. Wenn ich nur daran denke, was der letzte Freitag ausgelöst hat betreffend Schutzkonzepten, die kontrolliert werden müssen, die aufgestellt werden müssen. Es müssen geschlossene Restaurants kontrolliert werden. Es muss kontrolliert werden, dass das, was offen ist, richtig offen hat und noch Vieles mehr.

Zusätzlich kommt die Anordnung oder besser gesagt der Auftrag zur Durchführung der Massentests auf die Gemeinden zu. Der liebe Gott hat auch noch Arbeit geschickt, indem enorme Schneefälle kamen, Lawinengefahr, geschlossene Verkehrswege und Vieles mehr, die Gemeinden ebenfalls gefordert haben. Ich kritisiere keine einzige dieser Massnahmen, und ich weiss, dass die Gemeinden diese wirklich nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen. Bei einem Todesfall sind es die Gemeinden, die schlussendlich bei der Abdankung Abstandsvorschriften durchsetzen müssen oder sogar die Maskenpflicht, keine angenehme Aufgabe. Es ist jetzt der Moment, wo die Gemeinden, ihre Vertreter, die

Gemeindeführungsstäbe, die ihnen übertragenen Aufträge ausführen müssen und werden nach bestem, allerbestem Wissen und Gewissen. Man beklagt sich auch nicht, dass die Anweisungen heute so aussehen und morgen so. Es ist die Dynamik, die in dieser Lage wohl einfach eingesetzt wurde. Aber meine Damen und Herren, wenn diese Pandemie fertig ist, und sie wird eines Tages fertig sein, dann müssen wir uns über die Zukunft der Gemeinden unterhalten. Sie sind zu stärken, und die Kompetenzen, die sie wünschen und erfüllen können, die müssen Ihnen auch in Zukunft wieder gegeben werden. Das ist meine tiefe Überzeugung, und die wollte ich hier kundtun.

Brunold: Ich möchte an dieser Stelle allen Angehörigen der Opfer von COVID-19 mein herzlichstes Beileid ausdrücken. Ich wünsche Ihnen viel Kraft in diesen schweren Tagen. Grossrat Caviezel stellt zurecht die Frage, wie wir als Gesellschaft mit den Opfern von COVID-19 umgehen. Diese Diskussion um die Opfer, Angehörigen und unser Umgang mit ihnen müssen wir in nächster Zeit unbedingt führen. Ich spreche heute zu Ihnen in meiner Funktion als Tourismusdirektor. Aus Gründen des Timings steht daher in meinem Votum die wirtschaftliche Situation im Vordergrund. Wir stehen kurz vor der Wintersaison. Wir bangen um die Existenzen von Unternehmen, und vor allem bangen wir um die Existenzen von vielen Arbeitsplätzen in Graubünden. Am vergangenen Freitag haben der Bundesrat und der Regierungsrat umfangreiche Massnahmen verfügt, welche für den Bündner Tourismus eine grosse Herausforderung darstellen.

Ich muss Ihnen sagen, der vergangene Freitag war ein Wechselbad der Gefühle. Am Morgen kam der Tiefschlag der Regierung, dass für den Kanton für zwei Wochen ein Lockdown verordnet wird. Am Nachmittag die Kommunikation des Bundesrates, dass die Wintersaison über Weihnachten, Neujahr mit gewissen Einschränkungen möglich sein wird. In Kombination hatte ich den Eindruck, dass die Regierung im Wissen, was vom Bund kommt, einen geschickten Schachzug gemacht hat. Am Freitag bin ich als Tourismusdirektor einigermaßen beruhigt in das Wochenende gegangen, dies im Wissen darum, dass die Tourismusdestinationen und Gemeinden eine grosse Verantwortung haben, dass mit dem Saisonstart ein stabiles Netz von Schutzkonzepten bereitstehen muss. Und nun der Bundesratshammer von gestern: Der Bundesrat hat ernsthaft vor, die Wintersaison und den Bündner Tourismus komplett zu ruinieren. Nur schon die von den Bundesräten verkündete Betriebschliessung für Restaurants um 19.00 Uhr wird dazu führen, dass viele Restaurants ihre Betriebe erst gar nicht öffnen werden. Und wie soll der Betrieb der Skigebiete aussehen, wenn die Bergrestaurants am Sonntag schliessen müssen? Nicht zu vergessen sind die Folgen für den Handel und das Gewerbe.

Ich muss Ihnen sagen, meine Sorgenfalten werden immer grösser, und ich muss auch sagen, als Bündner Touristiker fühle ich mich vom Bundesrat verschaukelt. In Graubünden unternehmen alle grosse Anstrengungen, damit die Wintersaison stattfinden kann. Wie der Bundesrat es wünscht, produzieren wir Schutzkonzept um

Schutzkonzept und setzen diese um. Und was macht der Bundesrat? Wenn alles bereit ist, macht er mit einem Federstrich alles zunichte. Geschätzte Regierung ich möchte Sie nun bitten, mit dem Bundesrat Tacheles zu reden. Tun Sie alles, dass der Bundesrat von seinem Weg der ruinösen Betriebszeiten wekommt. Und wenn das nicht fruchten sollte, tun Sie alles dafür, dass der Bund die Zeche für die Entscheide des Bundesrats zahlen muss und nicht der Kanton Graubünden. Wenn der Bundesrat faktisch Betriebschliessungen verfügt, dann soll er auch für die Umsatzausfälle entschädigen. Kurzarbeitsentschädigungen und Entschädigungen aus dem Härtefallfonds reichen nicht aus. Geschätzte Regierung tun Sie alles, damit noch grösserer Schaden für den Kanton Graubünden abgewehrt werden kann.

Marti: Ich möchte vorab der Regierung danken, dass wir hier die Gelegenheit bekommen, so lange und ausführlich die Thematik zu besprechen. Es ist ja nicht selbstverständlich, wenn man hinhört, dann stellt man ja fest, ich begrüsse diese Debatte sehr, aber man hört dann auch die verschiedenen Meinungen, die verschiedenen Kritikpunkte, Lob, über ganz persönliche Gefühle. Alles kommt natürlich in dieser Debatte zum Vorschein, und alles muss auch gesagt sein. Aber wir müssen auch ein wenig ableiten daraus. Wir sind ja der Grosse Rat und nicht nur hier, um die persönlichen Gefühle zu besprechen. Man muss ja auch ableiten. Wir stehen mitten in der Situation. Was haben wir gut gemacht und was können wir besser machen, unmittelbar nächstens? Wenn man all diese Hinweise hier sammelt, dann kann jeder von uns selber ausrechnen, dass es enorm schwierig ist für die Regierung, den richtigen Weg zu finden zwischen Schutz der Bevölkerung und Schutz der Wirtschaft.

Ich mache hier der Regierung keine Vorwürfe. Ganz im Gegenteil. Ich gratuliere und danke der Regierung für ihre Arbeit in dieser doch extrem schwierigen Situation. Wir haben auf Seiten der Regierung gewisse Punkte wirklich sehr gut gemacht. Das ist z. B. das Finanzielle, rund um das Finanzielle bin ich der Auffassung, dass sehr gute Hilfen rasch und unkompliziert zur Verfügung gestellt wurden. Die finanziellen Hilfen haben natürlich bisher eher die Privatpersonen und die kleineren Organisationen gut auffangen können. Die grösseren Unternehmungen sollten jetzt in dem zweiten Paket besser zum Zuge kommen. Hier hat ja heute auch die GPK nochmals einen Nachtragskredit freigegeben. Ich bin auch der Meinung, dass die Regierung organisatorisch gut gearbeitet hat, und die Verwaltung verdient hier auch einen extrem grossen Dank für ihre Arbeit. Den Normalbetrieb aufrecht zu erhalten und den Krisenbetrieb gleichzeitig zu managen mit annähernd den gleichen Ressourcen ist doch eine extreme Parforceleistung. Also dafür vielen Dank.

Nun, wo sehe ich Verbesserungen im Sinne der kurzfristigen Verbesserungen? Wie gesagt, nicht im Sinne einer negativen Kritik und Schelte, im Gegenteil. Aber ich glaube, die Kommunikation könnte verbessert werden. Ich bin der Auffassung, dass, wenn die Regierung frühzeitig mit etwas Vorlaufzeit, es wurde auch seitens der Verbände oder der Wirtschaft erwähnt, mit etwas mehr Vorlaufzeit ihre Entscheide bekanntgibt, vielleicht sagt,

weshalb man es so macht, das gut erklärt, eben nicht nur hier im Grossen Rate, sondern auch der Bevölkerung, dann kann man sehr viel mehr Verständnis dann auch erwarten von den Leuten. Ich glaube nämlich, dass unsere Bevölkerung grundsätzlich mitzieht, wenn sie versteht, weshalb man beispielsweise Zeiten verkürzt oder Räume schliesst. Es muss aber erklärt werden. Das kommt meiner Meinung nach etwas zu kurz.

Was vielleicht auch verbessert werden könnte, wäre die Partizipation. Ich glaube, dass die Zusammenarbeit mit den Gemeinden intensiver sein könnte, auch hier im Sinne des Zeitvorsprunges, für Arbeiten die dann kommen, Ratskollege Pfäffli hat dies erwähnt, oder auch wenn ich an die Verbände denke, wie beispielsweise Gastroverband. Ich glaube schon, dass die Gastronomiebranche extrem überrascht wurde und dass man hier vielleicht mit vorsorglichen Massnahmen, beispielsweise kauft jetzt nicht zu viel ein, weil wir wissen nicht was kommt. Dass man hier vielleicht schon einiges hätte auffangen können. Also ich möchte um Kommunikation und Einbezug bitten, die Verbesserung der drei Staatsebenen in der Kommunikation und im Ablauf dann zu verbessern und die Verbände miteinzubeziehen.

Vielleicht noch ein Hinweis zu Räume schliessen und Zeiten verkürzen: Das grosse Schlagwort ist ja eigentlich Distanz. Also wir wollen ja über Distanz, man sieht dies an diesem Raum auch hier, über Distanz möglichst viel offenhalten und möglichst viel auch wirtschaftlich zulassen. Insofern ist es ein wenig ein Widerspruch, wenn man die Räume schliesst und die Zeiten verkürzt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass noch mehr Leute auf weniger Räume und auf weniger Zeiten miteinander sich treffen. Es könnte ein Ansatz sein, vielleicht das einmal zu überlegen, ob man vielleicht nicht statt die Ladenöffnungszeiten zu verkürzen, ob man diese nicht verlängern sollte und beispielsweise dann eben auch die Gelegenheit gibt zu arbeiten aber gleichzeitig die Sicherheit zu erhöhen. Wir haben das in der Stadt Chur erfolgreich praktiziert. Wir haben die Plätze, die Aussenplätze erweitert. Wir haben die Öffnungszeiten für die Gastronomie verlängert und konnten so wahrscheinlich beitragen, dass sich die Infektionszahlen weniger rasch erhöht haben. Aber das gelingt natürlich nur, wenn auch das persönliche Verhalten dann gleichzeitig funktioniert. Aber ich könnte mir vorstellen, dass hier vielleicht im Dialog mit dem Bundesrat, im Dialog mit den Gemeinden, mit der Bevölkerung, eine Chance bestehen würde über Räume und Zeiten im Sinne von flexibleren Lösungen, die Chance zu sehen, die Wirtschaft nicht zu stark zu schädigen und gleichzeitig die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten. Sie können das ableiten. Es gibt viele Wege nach Rom. Und ich möchte die Regierung bitten, hier vielleicht eben im Dialog, in der Partizipation diese Wege zu suchen, diese dann zu erklären und dann auch durchzusetzen.

Alles in allem dürfen wir unserer Regierung den Rücken stärken, nicht nur kritisieren, uns ein wenig in die Rolle der Regierung versetzen. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Und es ist wirklich noch schwierig, wenn man dann die Entscheide fällen muss zwischen Wirtschaft schützen und Gesundheit schützen. Sie haben das

alle heute auch erwähnt. Vielen Dank dafür. Ich gebe das Wort zurück.

Perl: Ich fühle mich noch dazu verpflichtet, einen Akteur in dieser Debatte zu verteidigen, der bis anhin fast nur schlecht weggekommen ist. Und das ist der Bundesrat. Ich staune schon ein wenig darüber, wie heftig jetzt die Kritik am Bundesrat ausfällt. Wenn wir daran zurückdenken, dass es dem entscheidenden und dem entschlossenen Auftreten des Bundesrats im Frühling zu verdanken ist, dass gerade wir hier in Graubünden einen Rekordsommer erleben durften, und dass wir eben in der ersten Welle viel menschliches Leid verhindern konnten. Wenn Sie hier Ihre Kritik an den Bundesrat richten, überlegen Sie sich doch, ob es nicht vielleicht gescheiter wäre, die Kritik an die Kantone beispielsweise Aargau und Zürich zu richten. Ob es nicht vielleicht gescheiter wäre, allgemein darüber nachzudenken, ob die Verantwortungsdiffusion nach dem erfolgreichen Frühling nicht vielleicht die falsche Strategie war. Ob es vielleicht im Nachhinein doch einfacher, klarer und vor allem für das Gesundheitliche betrachtet letztlich erfolgreichere Strategie gewesen wäre, wenn man hier nicht lauthals die Rückverteilung gefordert hätte. Hier kann man natürlich auch wieder eine leise Kritik am Bundesrat anbringen, dass der nämlich die Verantwortung zu schnell wieder abgeschoben hat.

Ich meine, es ist auch falsch, wenn wir hier sozusagen die Angst als Argumentationsmittel, ja, wenn wir das verteufeln. Sehen Sie, ob man jetzt mit Angst vor den gesundheitlichen Schäden argumentiert oder mit Angst vor den wirtschaftlichen Schäden, das ist dann letztlich moralisch für mich, ja das ist schwierig das zu unterscheiden. Ich möchte einfach klar sagen, dass mit der Angstmache vor wirtschaftlichen Schäden eben auch grosses Leid entsteht. Es ist die Angst vor staatlichen Ausgaben, die sehr, die meiner Meinung nach etwas irrational betrieben wurde, auch wieder im Sommer, die dazu geführt hat, dass wir eben bei der wirtschaftlichen Abfederung nicht dort stehen, wo wir stehen können. Und dass diese Abschwächung der wirtschaftlichen Abfederung eben dazu führt, dass immer weniger Leute noch Verständnis aufbringen für die notwendigen gesundheitlichen Massnahmen, weil sie eben nicht sicher sein können, dass sie wirtschaftlich unbeschadet aus der Krise hervorgehen. Dabei könnte es sich die Schweiz, dabei könnte es sich Graubünden problemlos leisten, hier wirklich niemanden durch die Maschen fallen zu lassen.

Ich verstehe, dass man Kritik übt an der Kommunikation der Regierung. Ich kann das nachvollziehen, dass es mühsam ist, auf die Schnelle Konzepte zu ändern, dass es hart ist, auf die Schnelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darüber zu unterrichten, dass jetzt, ja, dass vielleicht ein Grossteil der Saison ausfallen könnte. Das verstehe ich. Und die Kritik an der Kommunikation, die gilt es ernst zu nehmen. Aber ich möchte hier auch appellieren an Sie alle, sich zu überlegen, wie Sie kommunizieren in der Krise, insbesondere möchte ich an diejenigen appellieren, die die Regierung hier am härtesten kritisiert haben für ihre Kommunikation. Ich staune schon ein wenig, wenn am Tag, da die Massnahmen verkündet werden, die SVP über Social Media eine

Kampagne lanciert, die die Massnahmen als planlos diffamiert und die letztlich dann in der Kommunikation darauf hinausläuft, dass es heisst, es ist offensichtlich, dass in der aktuellen Regierung die Stimme einer SVP-Vertretung fehlt. Das finde ich schwierig, denn es ist eine Empörungsbewirtschaftung, die niemandem weiterhilft. Es geht kein Wirt in dem Sinn wegen solcher Empörungsbewirtschaftung nicht in Konkurs und es führt nicht dazu, dass die Massnahmen besser eingehalten werden und dass wir schneller aus der Krise herauskommen.

Und wenn Sie hier die mangelnde SVP-Vertretung in der Bündner Regierung monieren, ja dann kann man auch sagen, auf Bundesebene sieht es da ja anders aus, da können Sie Kritik auch dorthin richten. Ich meine, die Regierung hat einen schwierigen Job, sie macht es nach bestem Wissen und Gewissen gut. Ich glaube aber auch, dass wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen müssen, ob die Koordination nicht wieder stärker beim Bund erfolgen sollte und dass es eben nicht angebracht ist, jetzt in Zetermordio zu verfallen, wenn der Bund tatsächlich diese Verantwortung wieder stärker wahrnimmt.

Standespräsident Wieland: In Anbetracht, dass sich die Debatte in die Länge zieht, haben die Standesvizepräsidentin und ich beschlossen, trotzdem eine kurze Pause einzuschalten von 20 Minuten, dass Sie sich ein wenig der Masken entledigen können. Nichtsdestotrotz möchte ich dann den Bericht und Antrag der KJS zum Amtsenthebungsgesuch Kantonsrichter Dr. Peter Schnyder gegen Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner heute noch behandeln. Also seien Sie bitte pünktlich um 16.00 Uhr wieder hier zur weiteren Beratung.

Pause

Standespräsident Wieland: Ich hatte eben Kontakt mit dem leitenden Arzt der Klinik Davos, der den COVID-19-Test begleitet hat. Und er hat mir die Resultate bekanntgegeben. Sie sind sehr erfreulich. Über 100 Grossräte haben sich testen lassen. Vielen Dank für das wirklich grosse Engagement, das Sie hier an den Tag gelegt haben und ein gutes Bild nach aussen geben und damit die Bevölkerung motivieren, selbst auch mitzumachen. Ein Einziger wurde positiv getestet. Drei wurden anfänglich nicht ganz sicher getestet, ein zweites Mal getestet und negativ beurteilt. Somit ist nur ein einziger Grossrat, der unverzüglich in Quarantäne ging, infiziert, und er wird die zehn Tage abwarten, und wir hoffen, dass diese Person nicht wirklich erkrankt. Ich wünsche ihm von dieser Seite her alles Gute. Somit fahren wir mit der Beratung weiter und Grossratsstellvertreter Spreiter hat das Wort.

Spreiter: Ich hätte nur eine kurze Frage. Nach den Ausführungen unserer Regierung zu den COVID-19-Massnahmen, zu den Flächentests in den Regionen Maloja, Engadin und Bernina. Die Inkubationszeit, das heisst die Zeit zwischen Infektion und möglichen Symptomen beträgt bei COVID-19 durchschnittlich drei Tage, kann aber auch länger sein. Träger, die man innerhalb dieser Inkubationszeit testet, werden bei einem solchen

Test nicht als positiv erkannt, fallen dann bei einem einmaligen Flächentest durch die Maschen und werden anschliessend als Virusträger dieses Virus doch weitergeben. Um dies einzudämmen und um eine positive Wirkung zu erzielen, wären mehrere flächendeckende Folgetests notwendig. Sonst hat ein einmaliger Flächentest keine langfristige Wirkung. Das heisst aber auch, dass sich die Bevölkerung mehrmals hintereinander testen lassen müsste. Ist es überhaupt realistisch? Da habe ich meine Zweifel. Nun zu meiner Frage. Ist es vorgesehen, dass die geplanten Flächentests kurzzeitig mehrfach durchgeführt werden?

Tomaschett (Breil): Es gibt bekanntlich schönere Zeiten zu regieren, als die jetzige aktuelle Zeit. Ich denke, dass die These, dass es einfacher ist einen Kanton zu regieren, als drei Kinder zu erziehen, definitiv revidiert werden muss. Es wurde in den vorherigen Voten alles gesagt, was zu sagen ist. Und so beschränke ich mich in meinem kurzen Votum auf das Wichtigste. Ich möchte Ihnen geschätzte Herren Regierungsräte inklusive Verwaltung meinen Respekt und ein grosses Dankeschön aussprechen. Ich finde, Sie machen einen guten Job. Ich beneide Sie nicht. Und wenn ich das so sage, meine ich hier die gesamte Regierung, welche als Kollegialbehörde ihr Bestes tut. Ich wünsche der Bündner Exekutive weiterhin gute Gedanken, gute Entscheidungen und aktuell auch prosperierende Gespräche mit den Bundesbehörden betreffend Vernehmlassung, weitere Schritte in Sachen Tourismus Graubünden und COVID-19. Zeigen Sie dem Bundesrat, dass wir im Kanton nicht nur Raum für den Wolf haben, sondern auch Raum für den Menschen zu COVID-19-Zeiten. Und zum Schluss noch folgenden Hinweis: Als Touristiker muss ich auch viele Krisen meistern. Meine Weisheit dazu: Ich habe immer mit allem gerechnet und dann kam es auch weniger schlimm.

Claus: Es wurde sehr Vieles gesagt. Ich bin mit Vielem einverstanden, mit Einigem auch nicht. Das wird Sie aber in diesem Moment nicht weiter interessieren. Ich habe aber eine Frage an die Regierung, wofür ich um eine präzise Antwort dankbar wäre. Die jeweiligen Massnahmen, die Sie erlassen, sind meines Erachtens nach, kann man beurteilen wie man will, aber Sie müssen ja eine rechtliche Grundlage dazu haben. Und ich wäre interessiert daran zu wissen, auf welche rechtliche konkrete Grundlagen Sie die jeweiligen Massnahmen abstützen.

Standespräsident Wieland: Darf ich davon ausgehen, dass die Fragen nun erschöpft sind? Dem ist so. Dann gebe ich zuerst Regierungsrat Caduff das Wort zur Beantwortung der Fragen.

Regierungsrat Caduff: Die Debatte gibt ein Stimmungsbild, ein gutes Bild, wie die Stimmung derzeit auch in der Bevölkerung ist. Sie zeigt auf, wie breit die Meinungen sind, wie die Meinungen aber auch diametral auseinandergehen, was die richtigen Massnahmen oder eben die falschen Massnahmen sind. Die Debatte zeigt gut, wie unterschiedlich die Gewichtung ist, was im Zentrum steht, und je nach Gewichtung und Meinung zitiert man

dann auch eine andere Studie oder andere Erfahrungen. Für manche sind wir viel zu wenig weit gegangen, für andere viel zu weit, mit viel zu restriktiven Massnahmen. Den richtigen Weg zu finden, ist enorm schwierig, ist eine Herausforderung. Es ist wahrlich ein Stresstest für unsere Gesellschaft und für uns alle. Ich habe aber auch zur Kenntnis genommen, und erfreut zur Kenntnis genommen, dass viele der Regierung den Dank ausgesprochen haben. Das freut mich sehr. Das ist auch Motivation, sich weiterhin stark zu engagieren und zu versuchen, nach bestem Wissen und Gewissen den richtigen Weg zu finden. Ich habe aber auch den Tadel gehört, die Kritik gehört, und wir werden auch diese Kritik, diesen Tadel ernstnehmen.

Ich werde versuchen, auf einige Voten einzugehen. Anschliessend wird Kollege Peyer dann noch auf einige Voten eingehen und Kollege Parolini ebenfalls, bevor zum Abschluss dann der Regierungspräsident noch das Wort erhält.

Ich möchte zuerst auf die Kommunikation eingehen und auf die Frage auch der Einbindung der Gemeinden, der Einbindung der Wirtschaft vor allem, Einbindung der Gemeinden vielleicht weniger, bei mir aber vor allem Einbindung der Verbände und der Branche. Es ist für mich nachvollziehbar, dass unsere Kommunikation für viele hektisch herübergekommen ist, zu kurzfristig herübergekommen ist, dass man gern mehr Vorlauf gehabt hätte, mehrere Arbeitstage Vorlauf. Das ist für mich nachvollziehbar und verständlich. Wir haben versucht, die harten Massnahmen, die nun einschneidenden Einschränkungen so lange wie möglich zu vermeiden. Wir haben versucht, andere Varianten in den Vordergrund zu stellen. Wir haben andere Varianten geprüft, mussten aber letztendlich anhand der Situation, der Ausgangslage, der epidemiologischen Situation zum Schluss kommen, dass es drei Säulen an Massnahmen braucht. Und die eine Säule waren die Einschränkungen, die wir beschlossen haben. Zur Kommunikation: Wenn man mehr Vorlaufzeit gibt, dann hat man ja Erfahrungen gemacht, dass man genau den gegenteiligen Effekt erwirkt. Wenn man sagt, ja gut, das Wochenende ist noch offen, was wäre dann passiert? Dann hätte man die Leute geradezu dazu animiert, um noch in möglichst grossen Mengen in die Restaurants zu gehen. Und da hätte man der Verbreitung des Virus noch Vorschub geleistet, anstatt dies einzuschränken. Den richtigen Zeitpunkt für die Kommunikation zu finden, ist eine Herausforderung. Ich nehme aber diese Kritik entgegen und wir werden sicher auch die entsprechenden Analysen machen und Verbesserungen vornehmen, sofern das dann notwendig ist. Und da bin ich der Meinung, ja es ist notwendig, dass wir das beim nächsten Mal besser machen.

Es wurde gesagt, viele Betriebe werden eingehen, Existenzen würden durch unser Vorgehen gefährdet. Wir haben versucht, genau das zu vermeiden, indem wir jetzt noch in der Vorsaison diese Massnahmen ergriffen haben, um die epidemiologische Lage in eine richtige Richtung zu lenken, um dann über Weihnachten und Neujahr offen haben zu können. Das war die Idee dieser ganzen Strategie oder dieser ganzen Massnahmen.

Zum Thema «Verbände sind einzubinden»: Wir sind in permanentem Austausch mit den Verbänden, mit der

Branche, z. B. mit Bergbahnen Graubünden. Ich telefoniere sicher mindestens einmal pro Tag mit dem Präsidenten. Ich stehe in dauerndem Austausch mit ihm, stehe in dauerndem Austausch mit dem Präsidenten von GastroGraubünden, und das nicht erst seit heute, sondern an und für sich schon seit Beginn dieser Pandemie. Ich stehe in Kontakt mit den Verantwortlichen von HotellerieSuisse Graubünden, mit den Verantwortlichen des Gewerbeverbands. Wir haben einen Runden Tisch mit diesen Vertretern, welcher regelmässig tagt, wo wir die entsprechenden Verantwortlichen regelmässig informieren, abholen, diskutieren. Es ist aber für mich nachvollziehbar, dass das für Viele dann plötzlich überraschend kommt. Für uns, welche sich seit Wochen mit dem Thema beschäftigen, ist das vielleicht dann schwierig, oder war es dann eine Herausforderung, sich in die Menschen hineinzusetzen, welche sich nicht tagtäglich mit der Situation beschäftigen haben.

Es wurde gesagt, Fehler würden kleingeredet. Ich bin mir nicht bewusst, zumindest für mich persönlich, dass wir Fehler kleingeredet haben. Kritische Meinungen zum Schweigen bringen, das ist ganz und gar nicht meine Meinung, sondern kritische Meinungen sollen geäussert werden können. Ich erhalte sowohl kritische wie aber auch lobende Rückmeldungen, und ich versuche auf jede einzelne kritische Rückmeldung auch eine Antwort zu geben, unter der Voraussetzung, dass ein Mindestmass an Respekt und Anstand gewahrt wird. Mails, welche unter der Gürtellinie sind, lösche ich schlicht und einfach. Aber mit kritischer, sachlicher Kritik kann ich durchaus umgehen. Und dort versuche ich auch eine Rückmeldung zu geben und unseren Entscheid zu begründen.

Es wurde gesagt, man zweifele daran, ob die heutige epidemiologische Lage die Bewilligungserteilung zulassen würde. Und das ist nicht eine Erfindung von uns. Wenn man die Bewilligungsvoraussetzungen gemäss Bund anschaut, dann bitte ich Art. 8 der entsprechenden Verordnung anzuschauen. Dort sind die zentralen Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung niedergeschrieben. Diese sind, ich lese hier diese sechs Kriterien vor, die Inzidenz, 7-Tage-Inzidenz, 14-Tage-Inzidenz, dann die Anzahl Neuinfektionen pro Tag, Anteil positiver Tests an der Gesamtzahl durchgeführter Tests, also die sogenannte Positivitätsrate, Anzahl durchgeführter Tests pro Tag, pro Woche, die Reproduktionszahl. Und ein letzter Indikator ist die Kapazitäten im stationären Bereich sowie die Anzahl neu hospitalisierter Personen pro Tag, pro Woche, einschliesslich solcher in der Intensivpflege. Das sind die Kriterien, die der Bund anwendet, um zu entscheiden, ob wir eine Bewilligung erteilen dürfen oder nicht. Es stimmt, wenn wir natürlich mehr testen, werden wir auch mehr Fälle haben. Aber durch das Mehrtesten sollte die Positivitätsrate deutlich sinken. Es ist eine Wechselwirkung dann dieser ganzen Indikatoren. Aber ich kann die gemachten Ausführungen nachvollziehen, und die Positivitätsrate sollte hier dann tatsächlich in eine andere Richtung gehen, und auch die Reproduktionszahl sollte sich anders entwickeln.

Es wurde auch erwähnt, dass es eine grosse Herausforderung für die Gemeinden sei. Das trifft zu. Ich bin mir bewusst, auch wenn ich wirklich die Erläuterungen zur

entsprechenden Verordnung durchgelesen habe: Was hier auf uns zukommt, was hier auf die Branche zukommt, auf uns als Kanton zukommt, aber auch auf die Gemeinden, das ist eine enorme Herausforderung. Und da müssen wir wirklich gemeinsam am Strick ziehen. Hier kommt erschwerend etwas dazu: Wer ist unser Ansprechpartner bei der Gemeinde? Ist es jede einzelne Gemeinde? Sind es die Führungsstäbe? Wer ist der Ansprechpartner? Wer vertritt sozusagen die Gemeinden gegenüber dem Kanton? Wenn wir schauen, wer vertritt die Kantone gegenüber dem Bund, haben wir ja die Konferenz. Und da wird alles darüber kanalisiert. Ob das sinnvoll ist oder nicht, das möchte ich hier nicht zur Debatte stellen. Aber es wäre ein Gefäss, wie wir auch effizient mit den Gemeinden kommunizieren könnten.

Die Kritik am Bund, die wurde angesprochen. Womit ich Mühe habe, ist, dass der Bund wochenlang nun den Kantonen die Verantwortung übertragen hat. Und ich finde diesen Weg auch der korrekte Weg, dass die Kantone hier die Verantwortung übernehmen sollen, entsprechende Massnahmen beschliessen sollen, was ja viele Kantone gemacht haben, was auch wir nun gemacht haben. Aber es kann nicht sein, dass, wenn der Bund nun sieht, dass einige Kantone anscheinend nicht die Hausaufgaben machen, dann alle sozusagen unter Kollektivstrafe gestellt werden. Damit habe ich Mühe. Und ich kann euch versichern, ich hatte in der Pause kurz noch ein Telefonat mit dem Kollegen aus dem Wallis. Die haben seit einem Monat diese scharfen Massnahmen. Die fühlen sich wirklich verschaukelt. Und dass man dort wenig erfreut ist, dass der Bund nun plötzlich so dreinfährt, nachdem er jetzt einen Monat lang oder wochenlang die Kantone in der Verantwortung gesehen hat, dass das nicht nur Freude auslöst, da bitte ich doch um Verständnis. Entweder übernimmt er das Zepter und entschädigt auch, da teile ich die Aussagen, die gemacht wurden. Wenn der Bund nun wieder das Zepter übernimmt, dann sollte er konsequenterweise die ausserordentliche Lage ausrufen, dann sollte er aber auch für die Umsatzausfälle entschädigen und zwar nicht nur im Sinn von Kurzarbeitsentschädigung, sondern die wirklichen Umsatzausfälle soll er dann bitte auch entschädigen. Das ist die Kritik, welche ich oder wir an den Bund gerichtet haben. Das meine Ausführungen und ich würde jetzt gerne Kollege Peyer das Wort geben.

Regierungsrat Peyer: Vielen Dank für diese Debatte, sie war sehr spannend. Ich möchte dort beginnen, wo Grossrat Brunold aufgehört hat. Er hat gesagt, tun Sie alles, an die Regierung gewandt, tun Sie alles, damit noch grösserer Schaden abgewendet werden kann. Ich glaube, genau das tun wir. Und der grösste Schaden, den wir haben können, ist, wenn Menschen schwer erkranken oder gar sterben. Das ist der grösste Schaden, den wir abwenden müssen. Das ist unsere Aufgabe. Und daneben sind wir natürlich auch verpflichtet, die Volkswirtschaft in diesem Kanton möglichst unbeschadet aus dieser Krise zu bringen.

Ich versuche jetzt, den Votantinnen und Votanten nach, die noch konkrete Fragen gestellt haben oder Äusserungen gemacht haben, die möglichst zu beantworten. Grossrat Grass hat als Skischulleiter gefragt oder gesagt,

wir müssten mit allen Mitteln versuchen, die Skibetriebe offenzuhalten und hat gesagt, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Und ich sage Ihnen, das stimmt oftmals, aber hier nicht. Regierungsrat Caduff hat soeben zitiert, was die Vorgaben sind. Und diese Vorgaben können wir nicht umgehen und wir werden sie nicht umgehen. Wenn wir keine Kapazitäten mehr haben in den Intensivstationen, werden wir keine Bewilligungen mehr erteilen. Das ist die klare Ansage, und das ist die klare Vorgabe.

Er hat dann aber gefragt, ob die Gemeinden die Schutzkonzepte, die sie neu aufgrund der Vorgaben des Bunds machen müssen, beim Kanton einreichen müssten. Nach meinem Wissen bis heute nicht. Sonst würden wir die Gemeinden entsprechend informieren. Und wenn Sie die entsprechende COVID-19-Verordnung lesen, dann heisst es dort, Gemeinden mit Skigebieten und zahlreichen Wintersportgästen, Wintersportorte, müssen ein Schutzkonzept erarbeiten und umsetzen. Es wird dann auch definiert, was in dieses Schutzkonzept gehört, aber es steht nichts davon, dass es von einer übergeordneten Instanz kontrolliert werden müsste. Im Gegensatz eben zu den Betreibern von Skigebieten, die ihr Konzept dem Kanton vorlegen müssen und wir eben, wie von Regierungsrat Caduff soeben gesagt, welches die Kriterien sind, die wir einhalten müssen, wenn wir eine Bewilligung erteilen. Sie finden im Übrigen sehr viele Angaben auf der Seite des Kantons oder Sie können sich auch als entsprechende Institution, z. B. als Skischulleiter, auch an die entsprechenden Auskunftsstellen beim Kanton wenden. Wir versuchen wirklich, alle Fragen, die da sind, raschmöglichst zu beantworten.

Grossrat Engler hat gesagt, er sei enttäuscht von den Ausführungen, die ich am Morgen gemacht habe. Diese Enttäuschung verstehe ich, ich kann sie Ihnen aber leider nicht nehmen, weil die Vorgaben nun mal so sind wie sie sind, und wir haben uns an diesen zu orientieren, weil wir auch in der Pandemie ein Rechtsstaat sind und verpflichtet sind, die Gesetze und Vorgaben einzuhalten.

Grossrat Hug hat, wie andere auch, die Vorlaufzeiten, die Kurzfristigkeit der Anordnungen bemängelt. Ja, das ist so. Ich kann Ihnen sagen, wir haben diese Vernehmlassung vom Bund, die gestern Abend an der Medienkonferenz vorgestellt wurde, ohne Unterlagen. Die Unterlagen haben wir heute um 11 Uhr bekommen und wir dürfen bis heute um 18 Uhr unsere Stellungnahme einreichen. So läuft das mit Kurzfristigkeit, und wir versuchen wirklich, ein bisschen mehr Vorlaufzeit den Gemeinden, Gastronomiebetrieben, auch der Bergbahnbranche, zu geben, aber manchmal geht es einfach nicht. Wir sind getrieben von der Pandemie. Aber die Kritik nehmen wir entgegen, wo wir verbessern können, werden wir das machen.

Die Frage war dann noch von Grossrat Hug, welches dann die konkreten Werte sind, und dass auch die Bevölkerung die wissen möchte. Und hier kann ich auch nur wieder verweisen auf den Art. 8 in der COVID-19-Verordnung, wo klar gesagt wird, welches die Werte sind. Und da schliesse ich gleich an zu den Fragen, die Grossrat Koch gestellt hat, oder die Bemerkungen, die er gemacht hat: Ja, es ist so, wenn wir jetzt flächendeckend mehr testen, dann werden wir mehr, in absoluten Zahlen, mehr Personen haben, die erkrankt sind. Und diese abso-

lute Zahl macht uns aber nicht so Sorgen, weil dann wissen wir ja auch, neben denen, die positiv sind, wenn wir mehr testen, wie viele eben negativ sind. Und das wird einen der entscheidenden Werte, nämlich die Positivitätsrate, positiv beeinflussen. Die WHO gibt vor, die Positivitätsrate müsste etwa bei 5 Prozent sein. Wir sind aber mittlerweile irgendwo zwischen 15 und 20 Prozent. Und da sehen wir schon, da sind wir deutlich zu hoch, das müssen wir herunterkriegen.

Zu den Voten von Grossrat Caviezel, Conradin Caviezel, und Grossrat Hohl, da möchte ich nichts dazu sagen, einfach meinen Respekt für Ihre Aussagen.

Grossrätin Maissen hat noch eine konkrete Frage gestellt an mich, nämlich, was wir mit dieser Liste gemacht haben, die wir im Frühjahr zusammengestellt haben, als wir Personen, die einmal im Gesundheitsbereich tätig waren, aufgerufen haben, sich zu melden. Da haben sich rund 1000 Personen gemeldet. Wir bearbeiten diese Liste vom Departement her, vom Gesundheitsamt her, nicht mehr aktiv, aber wir haben diese Liste respektive die entsprechenden Namen den Institutionen zur Verfügung gestellt. Und dort können die Institutionen direkt, also Alters- Pflegeheime, Spitäler usw., auf Leute zugehen, wenn sie Personalbedarf haben.

Was ist das Ziel von allen unseren Massnahmen oder was wäre die wirkungsvollste Massnahme? Die wirkungsvollste Massnahme wäre, möglichst Kontakte zu vermeiden. Der Leiter meines Gesundheitsamtes hat gesagt, am besten wäre es, wenn wir alle zwei, drei Wochen in den Winterschlaf gehen würden und dann wieder hervorkommen, dann wäre die Pandemie weg. Weil es finden keine Kontakte mehr statt und das Virus könnte nicht weitergegeben werden. Aber leider ist das nur in der Theorie möglich. Und deshalb sind alle unsere Bemühungen darauf ausgerichtet, wirklich Kontakte zu vermeiden. Und jetzt ist natürlich von verschiedenen Votantinnen und Votanten die Frage gekommen, ja sind denn z. B. die Gastronomiebetriebe die Treiber? Wir können das nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen, wie wir so Vieles in dieser Pandemie nicht mit 100-prozentiger Sicherheit sagen können. Es gibt noch zu wenige Studien, die dazu etwas sagen. Aber die wenigen, die es gibt, zeigen eigentlich alle in die gleiche Richtung. Und ich zitiere nur eine Sache: Die New York Times hat 700 Epidemiologen und Epidemiologinnen angefragt, was das grösste Risiko sei im Moment, sich anzustecken. Und diejenige Möglichkeit, die am meisten Punkte bekommen hat in dem Sinn, war Essen im Inneren eines Restaurants. Warum? Weil das noch einer der wenigen Orte ist, wo wir uns über längere Zeit in naher Distanz und ohne Maske länger aufhalten. Das ist natürlich nicht schön für die Gastronominnen und Gastronomen. Das begreife ich. Es ist auch nicht schön für die Bevölkerung und unsere Gäste, für uns alle nicht. Ich gehe extrem gerne im Restaurant essen. Aber es ist nun mal tatsächlich halt so, es ist einer der wenigen Orte, wo wir uns länger ohne Maske aufhalten. Und deshalb haben wir dort auch diese Einschränkungen beschlossen, und deshalb haben wir gesagt, wenn wir nochmals einen Versuch machen wollen, um die Volkswirtschaft einigermaßen über Weihnachten, Neujahr und dann in die Winterferien, also in die Wintersportferien zu bringen, dann

müssen wir versuchen, an diesen Orten nochmals irgendwie einzuwirken, wo es Ansteckungen geben könnte, weil keine Maskentragpflicht in dem Sinn besteht, weil es auch gar nicht möglich ist. Aber, zugegeben, ohne dass wir das mit 100-prozentiger Sicherheit wissen, dass dem so ist.

Grossrat Koch hat noch auf die beiden Kurven vom Kanton Wallis und Graubünden hingewiesen, und er hat das völlig richtig gemacht. Man sieht, das Wallis war sehr hoch und ist jetzt heruntergekommen, und Graubünden und das Wallis waren vor vielleicht drei, vier Tagen etwa auf der gleichen Position. Das Wallis zieht seine Massnahmen, die aber schon sehr viel länger als in Graubünden gelten, Regierungsrat Caduff hat das gesagt, das Wallis zieht diese Massnahmen noch weiter bis am 13. oder 14. Dezember 2020. Und wir sind jetzt auf gleicher Höhe letzten Freitag eingestiegen und erhoffen uns den gleichen Effekt, dass wir dann am 17. Dezember 2020, am Abend um Mitternacht, bei uns, wir hoffen, diese Massnahmen aufheben zu können, dass wir dann am gleichen Ort sind. Aber auch hier, eine Garantie gibt es dafür nicht.

Grossratsstellvertreter Pajic hat das Personal angesprochen. Und das muss uns wirklich auch bewusst sein, das ist ein Problem. Die IPS-Kapazitäten sind nicht beschränkt wegen den Automaten, die wir dort haben oder wegen dem Bett, sondern wegen dem Personal, das fähig ist, schwer verletzte oder schwer erkrankte Personen 24 Stunden lang, sieben Tage in der Woche, zu betreuen. Und wir müssen uns bewusst sein, dass dieses Personal im Frühling enorm gefordert war und dann über den ganzen Sommer wir auch in den Spitälern Hochbetrieb hatten, weil der touristische Sommer sehr gut war im Kanton Graubünden. Aber das hat auch bedeutet, dass sich das Personal über den Sommer nicht erholen konnte, im Gegensatz zu sogenannten normalen Jahren, wo wir im Winter hohe Belastungen haben wegen dem Wintersport, aber das im Sommer tendenziell etwas abnimmt. Und dieser Effekt hat nicht gespielt dieses Jahr. Und jetzt ist dasselbe Personal, das im Frühjahr gefordert war, im Sommer, und jetzt im Herbst in der zweiten Welle wieder, und wir müssen einfach schauen, dass wir diesen Leuten wirklich Sorge tragen. Die sind nicht ersetzbar. Und wir können da auch nicht auf die Schnelle neues Personal irgendwie ausbilden oder ausfindig machen.

Grossrat Hardegger hat gefragt, ob wir eine flächendeckende Kampagne zur Impfung machen. Das können wir im Moment nicht stemmen, schlichtweg nicht. Wir versuchen, neben der ganzen Teststrategie und neben dem Alltagsgeschäft irgendwie soweit vorbereitet zu sein, wenn wirklich eine Impfung vorhanden ist, dass wir dann auch in Graubünden impfen können. Aber auch das ist eine logistische Grossübung. Und wir werden dann schauen, ob wir dazu auch noch parallel eine Kampagne fahren können und die organisieren, aber im Moment können wir das tatsächlich nicht.

Dann habe ich noch Grossrat Perl, der die Kritik am Bundesrat angesprochen hat. Dazu möchte ich noch etwas sagen. Ich habe mich in den Medien in den letzten Wochen wirklich zurückgehalten mit Kritik am Bundesrat, weil ich finde, bei aller berechtigten Kritik, die an

den Kantonen möglich ist, die am Bundesrat möglich ist, die an der Task Force möglich ist, wir sollten das nicht in der Öffentlichkeit tun. Es schwächt uns letztlich alle. Jeder und jede muss in seiner Position als Bundesrätin oder Bundesrat, als Regierungsrat oder Regierungsrätin, aber auch auf Gemeindeebene, auch als Mitglieder einer Expertengruppe, den Job gut machen, und ich glaube, das versuchen auch alle. Und wenn wir dann uns auch noch öffentlich übereinander aufregen und auslassen, ich glaube, das verunsichert letztlich nur die Bevölkerung und hilft niemandem.

Grossrat Pfäffli hat noch die grossen Anstrengungen der Gemeinden und der Gemeindeführungsstäbe angesprochen, und das möchte ich nur bestätigen und wirklich all den vielen Gemeindeführungsstäben, die wirklich ausgezeichnete Arbeit machen und auch enorm gefordert sind und jetzt vom Bundesrat noch zusätzliche Aufgaben bekommen haben, gerade in den Wintersportorten, auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Wir versuchen, vom kantonalen Führungsstab aus diese möglichst optimal zu unterstützen. Es gibt wöchentlich Lagerberichte, wir versuchen, Informationen zu liefern. Es gibt einen Teamroom für die Gemeinden. Also ich glaube, das funktioniert recht gut.

Verschiedene haben noch angesprochen: Tempo, Zusammenspiel Bund Kanton, Föderalismus. Und Grossrat Koch hat gesagt, wenn dann die Pandemie vorbei sei oder möglichst schon mittendrin, müssten wir auch zurückschauen, auch Kritik annehmen und auch schauen, wo wir uns verbessern könnten. Wir machen das. Wir haben einen grossen Auftrag gegeben, die erste Welle nachzubereiten und zu schauen, wo wir allenfalls Fehler gemacht haben, wo es Verbesserungspotenzial gibt. Im Moment mussten wir einfach diese Arbeiten etwas zurückfahren, weil wir jetzt mitten in der zweiten Welle sind und die bewältigen müssen. Aber wir machen das. Und wir werden das kritisch machen und wir werden das auch, und das ist schon gemacht worden, auch die Verbände und so, alle einladen, auch ihre Kritik zu äussern und zu sagen, wo sie nicht optimal bedient wurden. Dazu wird auch gehören, dass wir die Föderalismusdebatte führen. Und da bin ich wirklich nicht sicher, ob Föderalismus in der Krise wirklich taugt. Auch das hat Grossrat Perl angesprochen. Ob das wirklich das optimale Instrument ist, das wird auch ein grosser Punkt sein, der gesamtschweizerisch dann zu diskutieren ist.

Grossratsstellvertreter Spreiter hat noch gefragt wegen der Flächentests, ob das eine einmalige Aktion ist, weil es tatsächlich ein Bild von einem Tag oder von einer unmittelbaren Situation ist, und das ist so. Wir sehen diese Gefahr auch. Auch, dass man sich in falscher Sicherheit wiegen könnte. Wir sind heute zum Glück alle negativ getestet worden. Das ist eine positive Meldung. Aber es ist uns klar, das ist eine Momentaufnahme. Und wir sind daran, Konzepte zu entwickeln, wie wir auch in besonders betroffenen Regionen allenfalls nachher Kontrolltests machen könnten. Aber wir müssen jetzt wirklich halt auch hier mit den Kräften, die wir haben, einen Schritt um den anderen gehen. Wir können nicht alles gleichzeitig stemmen. Aber wir machen uns diese Überlegungen.

Grossrat Claus hat uns nach den rechtlichen Grundlagen gefragt. Die rechtlichen Grundlagen stehen in jedem Regierungsbeschluss, den wir rauslassen. Sehr oft stützen wir ab auf das Bevölkerungsschutzgesetz respektive auf das Epidemien- oder Gesundheitsgesetz.

Ich hoffe, ich habe niemanden vergessen. Sonst melden Sie sich doch bitte nochmals. Nochmals meinen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung. Scheuen Sie sich nicht, berechtigte Kritik anzubringen. Wir schauen, dass wir optimieren können, wo es geht.

Standespräsident Wieland: Das Wort ist offen für Regierungsrat Parolini.

Regierungsrat Parolini: Von meiner Seite nur eine Antwort auf die Frage von Grossrätin Maissen bezüglich der Stellvertretungen für Lehrpersonen, welche sich in Quarantäne oder Isolation befinden: In den letzten Wochen sind Studierende des dritten Studienjahrs im Herbstsemester 2020 der Pädagogischen Hochschule Graubünden bereits vereinzelt als Stellvertretungen für Lehrpersonen eingesprungen, welche sich in Quarantäne oder Isolation befunden haben. Diese Einsätze der Studierenden der PH Graubünden haben sich aufgrund der positiven Rückmeldungen von Schulleitungen sehr bewährt und wurden als grosse Unterstützung erlebt. Weil davon ausgegangen werden muss, dass auch im kommenden Frühjahrssemester COVID-19-bedingte Ausfälle von Lehrpersonen zu verzeichnen sein werden, bietet die PH Graubünden ihren Studierenden des dritten Studienjahres die Möglichkeit, während dem kursorischen Unterricht eine Woche Stellvertretung zu übernehmen. Die Koordination erfolgt durch die PH Graubünden jeweils in Absprache mit dem Schulinspektorat Graubünden und den jeweils betroffenen Schulträgerschaften sowie den Studierenden. Die Pädagogische Hochschule, das Schulinspektorat und auch das EKUD sind überzeugt, die Schulen mit diesem Angebot tatkräftig unterstützen zu können.

Standespräsident Wieland: Regierungsrat Peyer hat das Wort nochmals gewünscht. Sie können sprechen.

Regierungsrat Peyer: Genau, ich habe noch eine Antwort vergessen. Grossrat Engler hat gefragt, wo diese Schutzkonzepte, welche die Skigebietsbetreiber einreichen müssen, wo das geschieht. Wir werden Sie entsprechend noch informieren. Wir waren bis jetzt noch daran, dieses Formular zu kreieren, dass es möglichst einfach ausgefüllt werden kann. Im Lead wird das Departement von Regierungsrat Caduff sein, aber eingereicht werden kann es dann über die KSF-Info-E-Mail und das Gesundheitsamt wird das prüfen. Wir werden Ihnen diese Informationen so rasch wie möglich zukommen lassen. Das ist jetzt alles soweit organisiert und die letzten Arbeiten sollten heute Nachmittag abgeschlossen worden sein.

Standespräsident Wieland: Zum Schluss der COVID-19-Debatte gebe ich Herrn Regierungsrat Rathgeb das Wort.

Regierungspräsident Rathgeb: Ich möchte Ihnen im Namen der Regierung für diese wertvolle Debatte ganz herzlich danken. Sie war teils gezeichnet von sehr kritischen Voten, von emotionalen Voten und von berührenden Voten. Aber, und das hat man bei jeder Votantin und jedem Votanten gemerkt, sie war gezeichnet von grossem Verantwortungsbewusstsein unserer Behörden. Und wir sind Ihnen dafür sehr dankbar, weil wir diese Krise, diese Pandemie, nur gemeinsam meistern können, Sie als oberstes staatliches Organ, wir zusammen mit der Verwaltung, mit den Gemeinden, unseren Institutionen und unserer Bevölkerung. Denken wir daran, wenn wir auch in den kommenden Tagen und Wochen noch strube Situationen miteinander zu meistern haben. Das Ziel all dessen, was wir tun, ist der Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung, unserer Gäste, unter möglichster Wahrung unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Wir wollen verhindern, dass Menschen angesteckt werden, dass Menschen krank werden, dass Menschen wegen des Virus sterben müssen. Und wir sprechen allen Angehörigen von Opfern der Pandemie auch an dieser Stelle unser herzliches Beileid aus. Wir trauern mit Ihnen um Ihre Verstorbenen.

Unser Weg ist die Suche nach der Verhältnismässigkeit des staatlichen Vorgehens. Und ich kann Ihnen sagen, dass auch der Bund, der verschiedentlich angesprochen wurde, das Ziel hat, möglichst in unserem System verhältnismässig vorzugehen. Und, wie Regierungskollege Peyer gesagt hat, wir stehen fast täglich im engen Austausch mit dem Bundesrat oder mit den Verwaltungsspitzen des Bundes. Wir sprechen häufig Klartext in unserer Haltung, aber wir tun das in der Regel im direkten Kontakt, wie wir es auch schätzen, manchmal aber auch via Medien. Das aber soll die Ausnahme sein, denn unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass alle staatlichen Behörden in dieser Situation gemeinsam in die gleiche Richtung gehen.

Wir haben in unserem Kanton ein Gesundheitswesen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spitäler, der Heime, der Spitexorganisationen und der weiteren Leistungsträger, rund 13 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits in einer normalen Lage ohne Pandemie tagtäglich Höchstleistungen erbringen. In einer solchen Ausnahmesituation für das Gesundheitswesen erbringen sie eine noch höhere Höchstleistung. Ihnen gebührt grosser Dank und grosse Anerkennung.

Es wurden die Gemeinden angesprochen, insbesondere von Grossrat Pfäffli. Sie sind für uns ganz zentrale, verlässliche Partner, die uns seit Beginn dieser Situation ausserordentlich wichtige und zentrale Dienste leisten. Ich weiss nicht, wie es in Kantonen geht, die nicht eine derart weitgehende Autonomie und derart starke Partner auf der kommunalen Ebene haben wie wir. Aber wir sehen, wie es nicht nur in unserem Land mit Vollzugsproblemen hapert, Leistungen versprochen werden, die aber nie bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Das ist bei uns anders, insbesondere wegen den Gemeinden, allen Verantwortungsträgern auf dieser Stufe, die mit uns, mit der kantonalen Verwaltung, sehr eng zusammenarbeiten. Und wir sind sehr dankbar, dass dies vom System her so ist, aber wir sind auch sehr dankbar

für all jene, die sich auf dieser Stufe tagtäglich mit uns zusammen engagieren.

Wir haben die Massnahmen verschärft, wir haben die Teststrategie intensiviert und wir haben die Kontrollen intensiviert. Das genügt alleine nicht. Es braucht nun einmal die Eigenverantwortung eines jeden, einer jeden Einzelnen, und würden wir alle diese Verhaltensregeln, die Hygieneempfehlungen, die Kontaktempfehlungen und -einschränkungen einhalten, hätten wir eine bessere Situation. Das heisst aber auch, dass wir es in der Hand haben, einen eigenen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie zu leisten und das ist wiederum ein positiver Aspekt.

Wir möchten Ihnen allen, geschätzte Damen und Herren, ganz herzlich danken. Sie kehren alle, wie wir auch, in unsere Regionen zurück. Wir wissen es, Sie alle sind als Botschafterinnen und Botschafter für die Ernsthaftigkeit dieses Themas, für die Einhaltung der Verhaltensempfehlungen bis hin auch zur Notwendigkeit einer Durchimpfung in unserer Bevölkerung ab dem Januar tätig, und wir möchten Ihnen an dieser Stelle für Ihren persönlichen Einsatz ganz herzlich danken.

Standespräsident Wieland: Herr Regierungspräsident, Sie bauen mir gerade die Brücke. Der Dank gilt vom Parlament an die Regierung, die bereit war, ausserhalb der Traktanden so eine COVID-19-Debatte überhaupt führen zu können. Anhand der sehr engagierten Voten zeigt es auf, dass das Bedürfnis hier war und dass es sehr weise war, diese ganze Debatte zu führen. Vielen Dank Ihnen und auch all Ihren Mitarbeitern, die im Hintergrund dazu beigetragen haben, dies zu ermöglichen. Wir kommen nun zum Bericht und Antrag der KJS zum Amtsenthebungsgesuch von Kantonsrichter Dr. Peter Schnyder gegen Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner. Grossrat und KJS-Präsident Derungs führt durch die Vorlage. Grossrat Derungs, Sie haben das Wort.

Bericht und Antrag der Kommission für Justiz und Sicherheit des Grossen Rats zum Amtsenthebungsgesuch von Kantonsrichter Dr. Peter Schnyder gegen Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner

Eintreten

Antrag Kommission
Eintreten

Derungs; Kommissionspräsident: Die Kommission für Justiz und Sicherheit des Grossen Rates hat vom August 2019 bis im Mai 2020 ein aufsichtsrechtliches Verfahren gegen Kantonsgerichtspräsident Norbert Brunner geführt und dieses im Oktober 2020 mit einem Verweis abgeschlossen. In Bezug auf Norbert Brunner haben wir es mit drei verschiedenen Verfahren zu tun: Das Aufsichtsverfahren durch die KJS, das Strafverfahren durch die Staatsanwaltschaft und der Antrag auf Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens durch Kantonsrichter Peter

Schnyder. Für den Gesamtkontext ist eine Rekapitulation dieser drei Verfahren hilfreich.

Zuerst zum Aufsichtsverfahren: Mit der Aufsichtsanzeige des Kantonsgerichts Graubünden vom 5. Juni 2019 gegen Kantonsrichter Peter Schnyder nahm die KJS von den Ereignissen am Kantonsgericht Kenntnis. Diese veranlassten die KJS im Dezember 2019, ein Aufsichtsverfahren auch gegen den Kantonsgerichtspräsidenten einzuleiten. Im April 2020 übermittelte die KJS zur Gewährung des rechtlichen Gehörs Dr. Brunner den Entwurf ihres Berichts über die aufsichtsrechtliche Untersuchung. Dazu hat sich Norbert Brunner im Mai 2020 schriftlich vernehmen lassen. In seiner Vernehmlassung hat Brunner ein Ausstandsgesuch gegen die gesamte KJS gestellt. Das Ausstandsbegehren von Dr. Brunner gegen alle Mitglieder der KJS wies der Grosse Rat am 17. Juni 2020 ab. Diesen Grossratsbeschluss zog Brunner ans Verwaltungsgericht Graubünden weiter. Bis zum Entscheid des Instruktionsrichters sah sich die KJS wegen des schwebenden Zustandes in der Frage ihrer Zuständigkeit ausser Stande, im aufsichtsrechtlichen Verfahren gegen Dr. Brunner aufsichtsrechtlich tätig zu sein. Mit Hinweis auf das öffentliche Interesse an einer reibungslosen und zeitgerechten Aufsichtstätigkeit hat das Verwaltungsgericht das vorsorgliche Massnahmengesuch von Dr. Brunner betreffend Untersagung weiterer Untersuchungshandlungen und weiterer Aufsichtstätigkeit der KJS mit Verfügung vom 11. September 2020 abgewiesen. Diese Verfügung wurde von Norbert Brunner beim Gesamtverwaltungsgericht angefochten. An dieser Stelle musste die KJS eine Abwägung vornehmen, ob sie trotz der Beschwerde von Norbert Brunner das Aufsichtsverfahren abschliessen soll. Aus Sicht der KJS bestand ein öffentliches Interesse am Abschluss des Aufsichtsverfahrens, solange Dr. Brunner noch der Disziplinargewalt der KJS unterstand. Diese endet bekanntlich Ende Jahr. Zudem erwachsen Norbert Brunner zu diesem Zeitpunkt keine rechtlichen Nachteile aus einem Verfahrensabschluss. Daher beschloss die KJS am 8. Oktober 2020, das aufsichtsrechtliche Verfahren gegen Dr. Brunner zum Abschluss zu bringen. Sie sanktionierte ihn mit einem Verweis. Auch gegen diesen Verweis hat sich Dr. Brunner wiederum beim Verwaltungsgericht beschwert. Die Streitsache ist aktuell pendent vor Gericht.

Dann kommen wir zum Strafverfahren. Die KJS hob im Frühling 2020 die strafrechtliche Immunität von Dr. Norbert Brunner auf und erteilte der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zur Durchführung eines Strafverfahrens. Im August 2020 gab der hierfür eingesetzte ausserordentliche Staatsanwalt bekannt, dass gegen Dr. Norbert Brunner eine Strafuntersuchung eröffnet worden sei. Mit dem Abschluss des Strafuntersuchungsverfahrens ist frühestens per Frühjahr 2021 zu rechnen. Ob es dazumal zu einer Anklage kommt, steht heute noch nicht fest. Es gilt somit auch für Dr. Norbert Brunner bis zum Vorliegen eines rechtskräftigen Strafbescheids die Unschuldsvermutung.

Jetzt kommen wir zum dritten Verfahren, welches im Bericht und Antrag der KJS zum Antrag auf Amtsenthebung von Peter Schnyder gegen Norbert Brunner abgehandelt wurde. Im Rahmen des parallel gelaufenen aufsichtsrechtlichen Verfahrens gegen Kantonsrichter Peter

Schnyder hat dieser explizit ein Gesuch um Amtsenthebung von Kantonsgerichtspräsident Norbert Brunner sowie Kantonsrichter Pedrotti gestellt. Am 15. Mai 2020 ist bei der KJS die entsprechende aufsichtsrechtliche Anzeige eingegangen. Dieses Begehren ist Teil der Vernehmlassung zum Entwurf des Berichtes der KJS über die aufsichtsrechtliche Untersuchung gegen Kantonsrichter Schnyder. Der Grosse Rat hat in der Augustsession 2020 das Gesuch um Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Kantonsrichter Pedrotti abgelehnt. In Bezug auf das Gesuch um Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Norbert Brunner hat die KJS in ihrem Bericht vom 8. Oktober 2020 festgehalten, dass zur Beurteilung des Antrags auf Amtsenthebung gemäss Art. 69 Abs. 1 GOG der Grosse Rat zuständig sei und dass dieser zu einem späteren Zeitpunkt förmlich über den Antrag entscheiden werde.

Beim traktandierten Geschäft in der Dezembersession geht es nun um einen Beschluss, ob ein Amtsenthebungsverfahren gegen Norbert Brunner eingeleitet werden soll oder nicht. Dieser Entscheid hätte noch keine Konsequenzen für Dr. Brunner. Mit diesem Entscheid würde der Grosse Rat die KJS mit der Untersuchung beauftragen. Beachtenswert ist dabei die Tatsache, dass der Kantonsgerichtspräsident in rund drei Wochen nicht mehr der Aufsicht des Grossen Rats und der KJS untersteht und demzufolge keine Untersuchungshandlungen durch die KJS mehr stattfinden dürfen. Mit anderen Worten: Kaum hätte die KJS, auch in Beachtung der Weihnachtsfesttage, mit der Untersuchung begonnen, müsste sie diese bereits wieder unverrichteter Dinge einstellen. Es ist wichtig festzuhalten, dass die KJS ihre Entscheide in Bezug auf Norbert Brunner nicht in Anbetracht seines Ausscheidens aus dem Amt per Ende Jahr gefällt hat, sondern einzig und allein auf Basis der rechtlichen Grundlagen. Unabhängig von der zeitlichen Komponente ist die KJS in ihrem pflichtgemässen und sorgfältigen Aufsichtsverfahren zu Dr. Brunner zu folgenden Schlüssen gekommen: Kantonsgerichtspräsident Brunner hat nach Ansicht der KJS die Bestimmungen über ein rechtskonformes Verfahren und damit die Pflicht zur ordnungsgemässen Aufgabenerfüllung als Richter verletzt. Als eigentliche Amtspflichtverletzung von Norbert Brunner erstellt sind im Zusammenhang mit einem Berufungsurteil vom 15. Mai 2018 das Unterlassen einer zweiten Beratung und die eigenmächtige Anpassung des Dispositivs, wobei das am 15. Mai 2018 tatsächlich Besprochene und Beschlossene nicht mehr nachvollziehbar ist, weil davon kein Protokoll erstellt wurde. Zudem ist erstellt, dass im Revisionsentscheid vom 29. Mai 2019 in derselben Sache ein tatsachenwidriger Sachverhalt aufgenommen wurde. Für die Redaktion dieses Sachverhalts war wiederum Herr Brunner hauptverantwortlich und die KJS muss aus diesem Vorgehen schliessen, dass es ihm dabei vor allem darum ging, sein Vorgehen aus dem Jahr 2018 im Nachhinein zu verschleiern. Zudem hat Herr Brunner zugelassen, dass die Beratung im Kollegium vom Aktuar nicht, wie gesetzlich vorgesehen, protokolliert wurde. Ein pflichtgemässes Verhalten von Herrn Brunner wäre möglich und zumutbar gewesen. Die Pflichtverletzungen sind insoweit mindestens eventualvorsätzlich erfolgt. Die Verlet-

zung der Pflicht zur rechtmässigen Ausübung des Richteramts durch Kantonsgerichtspräsident Brunner hat die KJS als objektiv und subjektiv schwerwiegend eingestuft. Zugunsten von Norbert Brunner hat die KJS allerdings die äusseren Umstände und sein bisheriges Verhalten in der langjährigen Tätigkeit für die Bündner Justiz gewertet. Es war das erste Mal, dass sich die KJS mit einer Amtspflichtverletzung von Kantonsgerichtspräsident Brunner befassen musste und eine solche erstellt wurde. Zudem ist das Verhalten von Herrn Brunner zu einem nicht unwesentlichen Teil auf die bisher geübte Praxis am Kantonsgericht von Graubünden zurückzuführen. Insgesamt kam die KJS zum Schluss, dass diese erste Verfehlung von Dr. Brunner nicht als schwerste Verletzung von Amtspflichten, die dem Richteramt Schaden zugefügt hat, eingestuft werden kann, und daher eine Amtsenthebung gestützt auf Art. 7 Abs. 1 lit. a GOG nicht in Betracht kommt. Eine Amtsenthebung stellt einen massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte dar und sollte in Anbetracht der Gewaltenteilung nur zurückhaltend und als Ultima Ratio angewendet werden. Entsprechend hat die KJS keinen Grund gesehen, dem Grossen Rat einen Antrag auf Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen Norbert Brunner zu stellen. Sie hat das Aufsichtsverfahren mit der Aussprechung eines Verweises in Anwendung von Art. 64 Abs. 1 lit. a GOG gegen Kantonsgerichtspräsident Brunner abgeschlossen und stellt dem Grossen Rat den Antrag, kein Amtsenthebungsverfahren gegen den Kantonsgerichtspräsidenten Norbert Brunner einzuleiten.

Standespräsident Wieland: Das Wort zum Eintreten ist weiterhin offen für Mitglieder der Kommission. Wird nicht gewünscht. Grossrat Michael, Muntogna da Schons, hat das Wort.

Michael (Donat): Ja, Muntogna da Schons, Sie bringen mich gerade draus, Herr Standespräsident. Freut mich, das hier zu hören. Sehr wahrscheinlich das erste Mal so eine offizielle Aussage. Danke vielmals. Also, die Fraktion der BDP vertrat in Medienmitteilungen und hier im Rate wiederholt die Meinung, dass der Kantonsgerichtspräsident aufgrund der von der KJS eingeleiteten Verfahren nicht mehr im Gericht tätig sein darf. Da von Seiten der Kommission keine Bewegung in diese Richtung stattfand, haben wir an der Augustsession den damaligen Kommissionspräsidenten Bondolfi direkt angefragt, warum Kantonsgerichtspräsident Brunner weiterhin im Amt ist, obwohl die Staatsanwaltschaft nun definitiv gegen ihn ermittelt. Wir haben dabei auf Art. 64 Abs. 1 lit. c hingewiesen, der mit Zustimmung des Grossen Rates eine befristete Amtseinstellung bis zu sechs Monaten ermöglicht hätte. Herr Bondolfi hat in seiner Antwort ausgeführt, diese Möglichkeit zu prüfen und öffentlich darüber zu informieren. Spätestens an der Oktobersession hätte dieses Anliegen von der KJS beantragt werden sollen. Leider ist dies aber nicht erfolgt. Heute hätten wir nun die Möglichkeit, den Gerichtspräsidenten mit einer definitiven Amtsenthebung von der Rechtsprechung zu unterbinden, was unserer Haltung eigentlich entgegenkommen würde. Erst heute eine Amtsenthebung vorzunehmen, würde uns als Parlament nicht gerade ein gutes

Zeugnis ausstellen. Die relevanten Fakten sind ja seit dem Frühling bekannt. Die Fraktion der BDP wird sich daher mehrheitlich der Stimme enthalten. Wir möchten damit das Zeichen setzen: Wir sind weiterhin nicht einverstanden, dass der höchste kantonale Richter Recht spricht, obwohl gegen ihn die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die Übung einer Amtsenthebung können wir uns ersparen, da Kantonsgerichtspräsident Brunner bekanntlich Ende Jahr in Pension geht.

Alig: Nachdem ich nun zuhauf Berichte und Gegenberichte von verschiedenen Seiten, von verschiedenen Parteien und Gegenparteien gelesen habe, bin ich als Laie, mit gesundem Menschenverstand wohlverstanden, je länger je mehr der Meinung, dass der Kantonsgerichtspräsident Dr. Brunner gar nichts Rechtswidriges getan hat. Vielmehr handelt es sich aus meiner persönlichen Sicht um einen, aus welchen Gründen auch immer, miesen und schmutzigen Rachenfeldzug von Kantonsrichter Schnyder gegen Kantonsgerichtspräsident Norbert Brunner. Richter Schnyder konnte sich scheinbar bei seiner Anhörung nicht mehr daran erinnern, dass an der betreffenden Sitzung überhaupt ein Dispositiv formuliert worden war, welches dann abgeändert worden sei. Dies ist ja unglaublich und lächerlich zugleich. Mit dieser Behauptung löst der Richter Schnyder meines Wissens ja gerade das Erdbeben aus. Ein Kantonsrichter mit einem so miserablen Erinnerungsvermögen wurde zum Glück und mit Recht vom Grossen Rat in der Augustsession abgewählt. Einen Kantonsrichter mit solchen Erinnerungslücken am Kantonsgericht zu belassen, wäre schlicht unzumutbar und unverantwortlich gewesen. Alles, was bisher in der Sache bereits entschieden wurde vor Bundesgericht, wurde zugunsten von Dr. Brunner entschieden. Ich habe mich informiert. D. h. Herr Schnyder hat bis dato vor Bundesgericht alles verloren. Da nun aber noch einiges in dieser Sache bei den Gerichten pendent ist, ist der Antrag der Sicherheitskommission, ein Amtsenthebungsverfahren abzuweisen, natürlich richtig. Zur Begründung der Kommission, auf den Antrag auf Amtsenthebung nur deshalb zu verzichten, weil Herr Brunner Ende dieses Monats ohnehin aus dem Amt scheidet und dass während seiner langjährigen Tätigkeit nie eine Disziplinar massnahme ausgesprochen wurde, hinterlässt bei mir jedoch einen faden Nachgeschmack, weil damit klar und deutlich suggeriert wird, dass Dr. Brunner im Prinzip doch schuldig sei. Ich bin jedoch gar nicht mehr so sicher, ob dies so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin auch nicht mehr so sicher, dass ein Verweis gerechtfertigt war. Lassen wir aber nun die Gerichte entscheiden. Dann wissen wir mit Sicherheit, was in der Sache richtig oder falsch gelaufen ist. Wir sollten nun hier und heute nicht auf politischem Weg Vorverurteilungen vornehmen. Greifen wir nicht in gerichtliche Verfahren ein. Darum folge ich natürlich dem Antrag der Kommission und lehne ein Amtsenthebungsverfahren gegen Kantonsgerichtspräsidenten ab. Es ist aber zu hoffen, dass nun endlich Ruhe im höchsten Bündner Gericht einkehren wird.

Caviezel (Chur): Dieses Jahr hat uns das Kantonsgericht sehr lange und intensiv beschäftigt, und ich werde mich

daher kurzhalten. Kollege Alig, es wird keine Vorverurteilung geben, zumal wir über dieses Thema ja stundenweise schon in diesem Rat gesprochen haben. Also etwas mit «Vor-» würde so oder so nicht passen. Es ist eine höchst bedenkliche Geschichte, von der man im wahrsten Sinne des Wortes genug gehört hat. Sie erinnern sich, den riesigen Pendenzenberg mit den entsprechenden Berichten, die diversen Streitigkeiten in den Medien. Die KJS musste einstimmig Weisungen erlassen, wie gearbeitet werden muss am Kantonsgericht. Die KJS hat einen Verweis gegenüber Norbert Brunner ausgesprochen. Es läuft eine Strafuntersuchung gegen Norbert Brunner. Die KJS hat diesbezüglich die Immunität aufgehoben, obwohl die Reputation des Kantonsgerichtes massiv gelitten hat. Dass Herr Dr. Norbert Brunner nicht freiwillig zurücktrat, ist aus unserer Sicht höchst bedauerlich. Das wäre das einzig Richtige gewesen. Kritikfähigkeit hat er leider völlig vermissen lassen, im Gegenteil, so hat er auf alle, insbesondere auf die KJS, geschossen, die sein Verhalten kritisiert haben. Die Bürgerinnen und Bürger haben kein Vertrauen mehr in den Kantonsgerichtspräsidenten. Dass er seine eigene Person wichtiger nahm respektive nimmt als das Vertrauen in die Institution Gericht, ist wirklich bedauerlich. Aus rein juristischer Sicht hat die KJS wohl Recht, dass Kantonsgerichtspräsident Brunner nicht eine schwerste Verletzung von Amtspflichten, die dem Richteramt Schaden zugefügt hat, vorgeworfen werden kann, und daher eine Amtsenthebung, gestützt auf Art. 7 GOG nicht wirklich in Betracht kommt. Die KJS hat sich für einen Verweis entschieden. Wir haben es gehört vom Kommissionspräsidenten. Zudem, und das scheint mir für die heutige Debatte wohl wichtiger, wird Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner in drei Wochen ohnehin altershalber aus dem Amt ausscheiden. Folge davon ist, dass kurze Zeit nach einer allfälligen Einleitung der Amtsenthebungsbemühungen diese wieder gestoppt werden müssten. Dies macht nun wirklich keinen Sinn und bindet unnötig Ressourcen. Die SP-Fraktion wird sich wie die BDP-Fraktion der Stimme enthalten. Dies als Zeichen des grossen Unmutes, als Zeichen, dass nach all dem, was passiert ist, der Kantonsgerichtspräsident sich leider wichtiger nahm als die Reputation des höchsten Gerichtes in unserem Kanton.

Standespräsident Wieland: Wird das Wort weiter gewünscht? Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Standespräsident Wieland: Ich frage den Kommissionspräsidenten an, ob er sich noch zur Detailberatung äussern möchte.

Detailberatung

Antrag Kommission

2. Gegen Kantonsgerichtspräsident Dr. Norbert Brunner sei kein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten.

3. Die Kosten des vorliegenden Verfahrens werden auf die Staatskasse genommen. Parteientschädigungen werden keine zugesprochen.

Derungs; Kommissionspräsident: Nur kurz noch eine Bemerkung zur Amtseinstellung, die in den Raum gestellt wurde. Wie richtig angemerkt wurde, ist für die Amtseinstellung wie auch für die Amtsenthebung der Grosse Rat grundsätzlich zuständig. Die KJS hat sich mit der Thematik der Amtseinstellung auseinandergesetzt. Hier gibt es noch zu bemerken, dass der KJS aufgrund des Ausstandsgesuches von Norbert Brunner bis zum bestätigten Entscheid des Instruktionsrichters am Verwaltungsgericht im September 2020, mit welchem die Zuständigkeit der KJS in ihrer jetzigen Zusammensetzung bestätigt wurde, die Hände gebunden waren. Dies ist das eine, und zweitens, zwischen der Amtseinstellung und der Amtsenthebung liegt ein enger Zusammenhang. Und die KJS hat den Disziplinarfehler als mit einem Verweis angemessen bestraft angesehen. Die Amtseinstellung kann wie die Vorstufe zur Amtsenthebung angesehen werden. Daher wird das Institut der Amtseinstellung als bedenklich angesehen, weil es von den Wirkungen her mit der Amtsenthebung faktisch gleichzusetzen ist.

Standespräsident Wieland: Weitere Mitglieder der Kommission? Übrige Diskussion? Somit bereinigen wir. Auf Seite 5 unter Beschlüsse steht geschrieben, dass beantragt wird, kein Amtsenthebungsverfahren gegen Kantonsgerichtspräsident Dr. iur. Norbert Brunner einzuleiten. Wer dem zustimmen möchte, möge sich erheben. Wer sich dagegen ausspricht, möge sich erheben. Stimmenthaltungen mögen sich erheben. Sie haben dem Antrag der KJS mit 51 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 41 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt den Anträgen der Kommission mit 51 zu 0 Stimmen bei 41 Enthaltungen.

Standespräsident Wieland: Somit beenden wir die Beratungen, und ich sage Ihnen, was für Vorstösse in der Dezembersession eingegangen sind:

Antrag Gasser betreffend jährliche Berichterstattung zur Wildausscheidungssituation. Auftrag Favre-Accola betreffend Verbindung Vinschgauerbahn/Rhätische Bahn. Auftrag Bigliel betreffend Förderung von weiblichen Strassennamen durch Bereitstellung einer Namensvorschlagsliste als unverbindliche Entscheidungsgrundlage für die Gemeinden. Auftrag Hofmann betreffend Kader- und Führungspositionen in der Verwaltung des Kantons Graubünden. Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp. Kommissionsauftrag KJS betreffend Koordination der Immobilienstrategie des Kantons mit der Justizreform 3. Fraktionsauftrag SP betreffend Lösung für Geschäftsmieten während Corona. Fraktionsanfrage BDP betreffend Umsetzung der PUK-Empfehlungen. Anfrage Caviezel (Davos-Clavadel) betreffend Anerkennung Mindereinnahmen/Mehrkosten Covid-19. Dringliche Fraktionsanfrage CVP, die haben wir abgehandelt. Anfrage Cantieni betreffend Sicherstel-

lung der frühkindlichen Entwicklung. Anfrage Schwärzel betreffend Studierende an der PHGR aus dem italienischsprachigen Graubünden. Anfrage Ruckstuhl betreffend Erteilung politischer Rechte für Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft. Fraktionsanfrage SVP betreffend Stärkung der Wasserkraft in Graubünden. Anfrage Fasani-Horath (Mesocco) betreffend Einschätzung des Impfblogatoriums unter Berücksichtigung der Impfstoffunsicherheiten.

Somit sind wir am Ende der Session angelangt. Wir haben hier in Davos ideale Tagungsverhältnisse angetroffen und einmal die Infrastruktur, die auf der Weltpolitik benützt wird, testen können. Herr Landammann, Ihre Räumlichkeiten genügen auch dem Bündner Parlament. *Heiterkeit*. Nein, natürlich fühlen wir uns geehrt, in diesen erlauchten Hallen tagen zu dürfen. Die Bedingungen sind absolut ideal. Ich hoffe nur, dass unsere Ratsmitglieder dann auch wieder mit einfachen Strukturen bereit sind zu tagen. Dass der Grosse Rat sich bereit erklärte, am Testlauf für die flächendeckenden Corona-Testings in den Südtälern teilzunehmen, ist ein starkes Zeichen für diese Aktion. Ich danke Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Teilnahme, allen Beteiligten für die Organisation und die Durchführung dieses Testings, insbesondere Martin Bühler mit seinem Team. Diese Aktion wird noch einzigartig sein, und somit wird so vieles in diesem Jahr in die Geschichte eingehen. Für die gute Zusammenarbeit danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, hiermit ganz herzlich. Es ist mir ein Vergnügen den Grossen Rat zu leiten, zurzeit Corona-bedingt das einzige Highlight des Landespräsidenten. Allen Anwesenden danke ich herzlich für die grosse Disziplin und die Akzeptanz der Maskenpflicht. Die Einschränkungen zum Wohle aller werden wir wohl auch in künftigen Sessionen hinnehmen müssen. Auch danke ich unserer charmanten Landesvizepräsidentin für die Unterstützung. Es ist mir ein wahres Vergnügen, mit dir zusammen, Aita, diesen Rat zu leiten. Ein grosser Dank gebührt auch dem Ratssekretariat, namentlich Patrick Barandun und Gian-Reto Meier, sowie Heidi Nold und Diego Blumenthal, die unter erschwerten Bedingungen zusammen mit der Gemeinde Davos diese Session in Davos vorbildlich organisiert haben. Auch danke ich den Betroffenen für meine grosse Unterstützung. Ebenfalls ein grosses Dankeschön gilt den Sicherheitskräften, die mitgeholfen haben, unser Schutzkonzept durchzusetzen. Nicht zuletzt bedanke ich mich bei den Medienschaffenden für die Berichterstattung über die Session unter erschwerten Bedingungen. Bevor ich die Session schliesse, ist es mir aber auch ein grosses Anliegen, über diesen Rat hinauszublicken. Es ist mir ein Herzensanliegen, allen Hinterbliebenen von COVID-19-Opfern mein aufrichtiges Beileid zu entbieten. Ich denke, dass ich es im Namen des gesamten Grossen Rates tun darf. Allen Einwohnern in unserem Kanton wünsche ich trotz allem frohe Festtage und in aller erster Linie Gesundheit und dass sie von Corona verschont bleiben. Nun wünsche ich Ihnen allen eine gute Heimreise. Bleiben Sie gesund und üben Sie sich in Demut und Dankbarkeit, dass wir diese Krise in einem

Land durchstehen müssen, in dem wir beinahe paradiesische Verhältnisse vorfinden. So hoffe ich, Sie dann in der Februarsession zur nächsten Session, wie auch immer und wo auch immer, begrüßen zu können. Adia, auf Wiedersehen, arrivederci. Die Session ist geschlossen. *Applaus*.

Schluss der Sitzung: 17.15 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Auftrag Gasser betreffend jährliche Berichterstattung zur Wildschadenssituation
- Auftrag Favre Accola betreffend Verbindung Vinschgauerbahn – Rhätische Bahn
- Auftrag Bigliel betreffend Förderung von weiblichen Strassennamen durch Bereitstellung einer Namensvorschlagsliste als unverbindliche Entscheidungsgrundlage für die Gemeinden
- Auftrag Hofmann betreffend Kader- und Führungspositionen in der Verwaltung des Kantons Graubünden
- Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp
- Kommissionsauftrag KJS betreffend Koordination der Immobilienstrategie des Kantons mit der Justizreform 3
- Fraktionsauftrag SP betreffend Lösung für Geschäftsmieten während Corona
- Fraktionsanfrage BDP betreffend Umsetzung der PUK-Empfehlungen
- Anfrage Caviezel (Davos Clavadel) betreffend Anerkennung Mindereinnahmen / Mehrkosten Covid-19
- Anfrage Cantieni betreffend Sicherstellung der frühkindlichen Entwicklung
- Anfrage Schwärzel betreffend Studierende an der PHGR aus dem italienischsprachigen Graubünden
- Anfrage Ruckstuhl betreffend Erteilung politischer Rechte für Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft
- Fraktionsanfrage SVP betreffend Stärkung der Wasserkraft in Graubünden
- Anfrage Fasani-Horath betreffend Einschätzung des Impfblogatoriums unter Berücksichtigung der Impfstoffunsicherheiten

Für die Genehmigung des Protokolls durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Martin Wieland

Der Protokollführer: Patrick Barandun

Die Redaktionskommission

hat in ihrer Sitzung vom 11. Januar 2021 gemäss Artikel 35 Absatz 3 und Artikel 36 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rats die Sitzungsprotokolle der Dezembersession 2020 geprüft, redaktionell bereinigt und genehmigt. Ebenso wurden die im Anhang zu den Beschlussprotokollen enthaltenen, definitiv verabschiedeten Erlasse und Beschlüsse redaktionell bereinigt.